

'14 PASSAUER
POLITIKTAGE



5. bis 17.
Mai

EUROPA VOR DER WAHL

Das Magazin der Passauer Politiktage 2014

Gibt es eine europäische Öffentlichkeit?

Sind Nutzen und Solidarität ein Widerspruch?

Was bedeutet Europa für jeden Einzelnen von uns?

Was leistet die europäische Außenpolitik?

Wohin steuert unser Kontinent?

Was ist Europa?

Was ist die Zukunft der europäischen Solidarität?

Wie demokratisch ist Europa?

Alle für Einen oder Einer für Alle?

Spricht Europa mit einer Stimme?

Haben wir überhaupt eine Wahl?

Wird Europa seiner moralischen und politischen Führungsrolle gerecht?

„In der EU wird der Erfolg nationalisiert und der Misserfolg europäisiert.“

- Martin Schulz

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit dieser Aussage des Präsidenten des Europäischen Parlaments wird auf den Punkt gebracht, woran es in der Europäischen Union mangelt: Es gibt keine gemeinsame Vision mehr, kein Wohin. Das Denken von Politikern und Bürgern zerfällt in Partikularinteressen und „Kleinstaaterei“, die Institutionen der EU sind längst als undemokratische Bürokratien abgeschrieben.

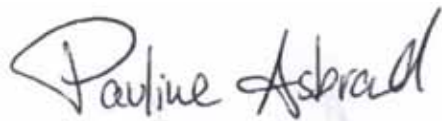
Im Vorfeld der Europawahl im Mai 2014 gilt es dieses Denken zu hinterfragen und die Frage nach Europas Zukunft wieder offen zu stellen: Wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa? Oder heißt es „weiter so“?

Seit Juli letzten Jahres sind wir mit unserem 30-köpfigen Team mit der Planung der Passauer Politiktage 2014 beschäftigt, die sich genau dieser Aufgabe widmen. Angespornt durch erfolgreiche Veranstaltungen der vergangenen Jahre, haben wir es uns auch in diesem Jahr zum Ziel gesetzt eine informative, provokative und visionäre Veranstaltung für die Passauer Bürger und Studenten auszurichten.

Dieses Magazin verbindet Informationen zu unseren Referenten mit inhaltlichen Beiträgen rund um das Thema „Europa vor der Wahl“, um sowohl im Vorfeld der Politiktagen, als auch über sie hinaus eine Debatte anzuregen.

An dieser Stelle wollen wir ein großes Dankeschön an unser gesamtes Team und den Verein GoverNET richten – ohne das Engagement und die Leidenschaft unserer Mitstreiter wären wir alle um viele Erfahrungen ärmer und wir hätten nicht solch spannende Politiktage vor uns!

Viel Spaß bei den Politiktagen 2014 wünschen Ihre Projektleiter



Pauline Asbrand



Brian Thomas

IN DIESEM HEFT

Ein großartiges Friedensprojekt, das sich im Kleinklein der Bürokratie und den nationalen Interessen verheddert hat.

Prof. Dr. Graf Lambsdorff im Gespräch S. 6

Was bedeutet Europa für mich? S. 10

Prof. Dr. Zehnpfennig

AUSSENPOLITIK

Spricht die EU mit einer Stimme? S. 12

Mittendrin, doch nicht dabei S. 14

Ein Projekt mit vielen Problemen und großem Potential

Prof. Dr. Stahl im Gespräch S. 16

LEGITIMATION

Wie demokratisch ist Europa? S. 24

Viel Lärm um nichts? S. 26

Eine kulturelle Gemeinschaft der Selbstidentifikation derjenigen, die sich Europäer nennen.

Prof. Dr. Müßig im Gespräch S. 28

SOLIDARITÄT

Was, wenn Deutschland Griechenland wäre? S. 32

Solidarität aus Notwendigkeit? S. 34

Ein Blick von Außen

Interview with Charles Madsen und Francisco Barreto S. 36

PODIUM

Wohin steuert unser Kontinent? S. 38

Parteienüberblick S. 40

Impressum S. 42



Alle aktuellen Informationen unter facebook.com/PassauerPolitiktage





VORPHASE

Was ist Europa?

Café Europa | Montag, den 5. Mai | 16 Uhr | NK Cafete
Workshops vom 6. bis 13. Mai



AUSSENPOLITIK

Spricht Europa mit einer Stimme?

Montag, den 12. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)



LEGITIMATION

Wie demokratisch ist Europa?

Dienstag, den 13. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)



SOLIDARITÄT IN DER KRISE

Was, wenn Deutschland Griechenland wäre?

Donnerstag, den 15. Mai | 20 Uhr | HS 9 (Audimax)



PODIUMSDISKUSSION

Wohin steuert unser Kontinent?

Samstag, den 17. Mai | 16 Uhr | Rathaussaal

„Ein großartiges
Friedensprojekt, das
sich im Kleinklein der
Bürokratie und den
nationalen Interessen
verheddert hat.“



Interview mit PROF. DR. JOHANN GRAF LAMBSDORFF

Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie

Das Gespräch führten Marie Kapitan und Elisabeth Weißbecker



„Der Euro ist noch eine attraktive Währung.“

Wie würden Sie die Europäische Union aus Sicht Ihrer Disziplin beschreiben?

Zunächst auf der positiven Seite: die Handelsliberalisierung, die Liberalisierung des Personen- und Kapitalverkehrs und die Schaffung eines Binnenmarktes mit einheitlichen Regulierungsstandards. Die EU ist ein großartiges Projekt, das sehr erfolgreich war und immer noch ist. Von der Europäischen Kommission selbst ist auch immer viel Gutes ausgegangen, z.B. bei den vielen wettbewerbsrechtlichen Verfahren und wenn es darum geht, die Mitgliedsländer an diese zu binden in einem einheitlichen Binnenmarkt, in dem keine unberechtigten Subventionen an einzelne Firmen bezahlt werden. Solche Fragen hat die EU ganz wunderbar gelöst. Aber das sagt jetzt natürlich noch nichts über die Eurozone, aber zu der kommen wir vielleicht später sowieso noch...

Können Sie sich Lettland als 18. Euro-Staat vorstellen?

Das Besondere an einer Währungsunion ist ja, dass man den Wechselkurs dann nicht mehr einfach ändern kann. Wir sehen beispielsweise, Griechenland sollte ihn eigentlich ändern, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Wenn sie die Drachme nämlich noch hätten, könnten sie diese abwerten und uns damit ihre Produkte günstiger verkaufen und ihre eigenen Arbeitsplätze auch sichern. Diese Möglichkeit gibt es nach dem Eintritt in die Währungsunion aber nicht mehr. Für Lettland ist mit dem Eintritt dieser Schritt auch unwiderruflich geworden.

Ist Lettland denn gut vorbereitet?

Lettland hat sich seit Jahren auf den Euro vorbereitet und hat über die letzten zehn Jahre schon den Wechselkurs konstant gehalten. Sogar vor fünf Jahren in der schlimmsten

Krise, die das Land überhaupt erlebt hat, hat es den Wechselkurs nicht abgewertet. Obwohl sie zum damaligen Zeitpunkt noch die Möglichkeit hatten, haben sie es eben nicht gemacht, um dann in der Lage zu sein, den Euro einzuführen. Und Lettland hat eine Krise hinter sich, da ist das, was in Griechenland passiert, nicht mit zu vergleichen.

Welche Bedeutung hätte der Beitritt für die EU und Lettland?

Es ist natürlich schön zu sehen, dass der Euro noch eine attraktive Währung ist. Es ist sicherlich auch ein Reputationsgewinn für die Eurozone, dass Lettland jetzt dabei ist. Die Bevölkerung in Lettland sieht das zwar noch nicht so richtig und ist noch nicht so recht begeistert vom Euro, aber es sind natürlich die vielen lettischen Unternehmen, die damit auch ganz drin sind. Es sind auch politische Erwägungen, z.B. gegenüber Russland, wo auch immer mal wieder signalisiert wird, dass das frühere Baltikum doch eigentlich mal unter russischer Vorherrschaft stand. Sich dagegen zu wehren, geht jetzt leichter, da man im Euro drin ist, denn dann ist man unwiderruflich drin und kann nicht mehr fallen gelassen werden.

Stichwort „Sozialtourismus“ – gekürt zum Unwort des letzten Jahres – Was ändert sich dadurch, dass Rumänien und Bulgarien jetzt alle Freizügigkeiten genießen?

Für Deutschland ist es ein großer Gewinn, denn die Bürgerinnen und Bürger, die aus Rumänien und Bulgarien hierher kommen, sind zumeist hochqualifiziert. Die Quote von Akademikern, die von dort kommen, ist sehr hoch und die Arbeitsmotivation ist ausgezeichnet. Nachteilig ist, dass Rumänien und Bulgarien davon nicht profitieren, denn denen fehlen dann genau diese Fachkräfte, die sie bräuchten, um das Land aufzubauen.



Wetterbericht für Deutschland

Wie bewerten Sie die Negativschlagzeilen um dieses Thema?
Dass wir uns hier in Deutschland Sorgen machen, es würden Arbeitsunwillige aus diesen Ländern hierher kommen, ist völlig unberechtigt und es ist traurig zu sehen, dass wir uns in Deutschland mit so manchen Ressentiments herum-schlagen statt die Chancen zu ergreifen, die eine offene Gesellschaft uns bietet. Ich bin kein Experte für Sozialrecht, aber ein Wechsel von der Arbeitslosigkeit in Rumänien in die deutsche Arbeitslosigkeit würde wohl nicht Hartz IV mit sich bringen, und dann zu vermuten, es würde zu einem Sozialtourismus kommen und das vielleicht sogar in einem horrendem Ausmaß, also solche Sorgen halte ich für unberechtigt.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sparpolitik?

Der Zusammenhang ist relativ evident: Griechenland, Spa-

nien, Italien, Irland und Portugal haben in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt. Das steht außer Zweifel, und jetzt müssen sie einsparen. Natürlich gehen diese Einsparungen mit fürchterlicher Arbeitslosigkeit einher. Das Problem liegt auch darin, dass Deutschland diesbezüglich keine positive Rolle einnimmt, denn die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern ließe sich dadurch abmildern, dass in anderen Ländern stärker expandiert wird. Deutschland hat dieses Jahr einen Überschuss von über 200 Milliarden Euro. Das bedeutet, Deutschland könnte mindestens 200 Milliarden Euro mehr ausgeben, als es selbst konsumiert, und würde dann gerade mal seine Bilanz ausgleichen.

Was könnte Deutschland machen?

Deutschland hat das Potential zu expandieren, das heißt, zu wachsen. Hineinzuwachsen in einen wirtschaftlichen Boom, bei dem wir endlich unsere Überschüsse abbauen.

Und genau das wären ja die Maßnahmen, bei denen dann auch verstärkt Importprodukte gekauft würden, z.B. spanische Architekten, italienisches Design... Die Griechen werden es immer schwer haben, denn da fehlen viele Produkte, aber für viele andere Länder könnten wir so attraktive Arbeitsplätze schaffen. Und das tut Deutschland nicht und trägt an der Stelle unglücklich zur hohen Arbeitslosigkeit in diesen Ländern bei.

Stichwort Eurokrise: „Die Euro-Krise ist noch längst nicht beendet. Bislang wurden lediglich die Risiken umverteilt.“

(Hans-Werner Sinn in einem Interview vom 20.01.14)

Nun, zum einen wurden natürlich die Risiken umverteilt, weil wir mit unseren Rettungsprogrammen nicht unbedingt Griechenland geholfen haben, sondern den vielen Inhabern griechischer Staatsanleihen, die diese Staatsanleihen eigentlich hätten abschreiben müssen, und den vielen Banken, die Kredite an Griechenland vergeben haben. Hätten wir Griechenland geholfen, dann hätten wir versucht, deren Politik soweit positiv zu beeinflussen, dass sie auch wieder wachsen können. Aber die Tatsache, dass es Griechenland so schlecht geht, zeigt natürlich, dass die vielen Rettungsmaßnahmen hauptsächlich das Ziel hatten, diese ganzen Umschuldungen zu begleichen und damit die privaten Schulden von Banken und Investoren auf den Staat zu übertragen. Das ist derzeit die traurige Situation.

Wie weit sind wir bei der Behebung der Krise?

Inwieweit wir schon Erfolge vorzuweisen haben und ob der Anpassungsprozess schon weitgehend abgeschlossen ist, ist natürlich noch mal eine andere Frage, und an dieser Stelle sind die Befunde sehr widersprüchlich: wir sehen zum einen, dass Griechenland, Spanien, Italien und Irland keine

Leistungsbilanzdefizite mehr haben. Das heißt, sie haben jetzt soweit mit dem Sparen begonnen, dass sie nicht mehr auf Pump leben als gesamtes Land, also der private und öffentliche Sektor. Ist damit schon die Krise gelöst? Leider nein, denn die Krise wäre erst gelöst, wenn auch die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Produktion wieder steigt. Aber würde die in Griechenland steigen, dann wären auch die Defizite wieder da, denn dann boomt alles und was kaufen sie dann? Lauter Importgüter, und dann sind die Defizite wieder da. Das heißt, derzeit wird durch die Krise ein bisschen vorgegaukelt, das Problem sei schon gelöst, aber das ist es noch gar nicht. Das viel größere Problem besteht darin, dass die Produkte in Griechenland und Spanien nicht wettbewerbsfähig sind.

Woran liegt das?

Das liegt daran, dass diese Länder über 20 Jahre eine höhere Inflationsrate hatten als Deutschland. Jedes Jahr so ein Prozent mehr Inflation. Das bedeutet, dass nach 20 Jahren die Produkte 20% teurer sind als die deutschen Produkte. Die Folge ist dann, dass die Güter nicht wettbewerbsfähig sind und die deutschen Güter unglaublich wettbewerbsfähig sind. Das heißt, genau diese Differenz müssen wir so ausgleichen, dass deren Güter auch wieder so wettbewerbsfähig sind wie die Deutschen. Dann wäre das Problem gelöst. Aber in der Tendenz ist bisher noch nicht zu sehen, dass die Güter dort günstiger werden. Die Arbeitskosten sind ein bisschen gesunken, die eigentlichen Güterpreise wenig. Nur Irland zeigt an der Stelle einen sehr positiven Trend, da gehen sowohl die Arbeitskosten massiv runter, als auch die Güterpreise, sodass deren Produkte wieder wettbewerbsfähig sind und so sehen wir, dass Irland jetzt wieder aus der Krise herauskommt.

”

„Es wird vorgegaukelt, das Problem sei schon gelöst, aber das ist es noch nicht.“

Was bedeutet Europa für mich?



PROF. DR. BARBARA ZEHNPFENNIG
Professur für Politische Theorie und
Ideengeschichte

Wer über die Europäische Union reden will, muss zunächst über Europa reden – denn die EU ist nur die politische Organisationsform eines Kontinents, der trotz geringen Umfangs von gigantischem weltgeschichtlichem Gewicht war und ist. Wissenschaft und Technik beherrschen den Alltag auf der ganzen Welt, von wenigen unterentwickelten Zonen abgesehen. Woher kommen beide? Sie sind Ergebnis europäischen Geistes, späte Frucht einer Hinwendung zur wissenschaftlichen Weltansicht, die in der griechischen Antike ihren Anfang nahm. Es gab zwar auch außereuropäische Kulturen, in denen man sich mit Astronomie, Medizin, Mathematik befasste. Doch Originalität des Ansatzes, Kontinuität in der Fortentwicklung und die so fruchtbare Kombination von theoretischer Forschung und praktischer Anwendung sind europäisch. Damit hat Europa auf die ganze Welt gewirkt. Gleiches gilt für den Bereich der Politik. „Das Politische“

musste erst einmal erfunden werden, nachdem die Menschen sich zuvor rein naturwüchsig zu Stämmen, Clans oder sonstigen sehr einfach strukturierten Gemeinschaften zusammengefunden hatten. Auch hier ist die griechische Antike maßstabgebend geworden. Das philosophische Nachdenken über die Natur der Politik, über die verschiedenen Staatsformen und –funktionen, über die Aufgaben des Herrschers und die der Bürger findet erstmals im antiken Griechenland statt. Und natürlich ist hier ebenfalls die Demokratie erfunden worden, die wir heute als die den Menschen angemessenste Staatsform betrachten. Das Christentum fand seinen Ursprung zwar nicht in Europa, aber in Europa hat es zuerst Wurzeln geschlagen und sich nicht nur auf die individuelle, sondern auch auf die politische Wirklichkeit heilsam ausgewirkt. Dass der einzelne Mensch von unendlichem Wert ist – wie wäre es zu dieser Einsicht gekommen, wenn nicht durch die christliche Vor-



„Europa hat der Welt große Ideen und großartige Einrichtungen geschenkt.“

stellung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und der antiken Einschätzung des Menschen als vernunftbegabtes Wesen? Die Menschenrechte konnten nur auf diesem Boden gedeihen. Kulturen und Religionen, in der der Einzelne der Gemeinschaft grundsätzlich untergeordnet ist, ist eine solche Einstellung fremd. Auch dass der Herrscher nicht selbstherrlich agieren darf, sondern an höheres Recht und seine Verpflichtung gegenüber den Beherrschten gebunden ist, ist antik-christliches Denken. Selbst der ökologische Gedanke hat, was vielen nicht bewusst ist, seinen Ursprung im Christentum. Denn wenn man die Welt als Schöpfungsordnung betrachtet, muss der Mensch sich in diese Ordnung einfügen und kann nicht willkürlich mit der Natur umgehen. Das biblische „Macht Euch die Erde untertan!“ bedeutet nicht, dass man mit ihr machen darf, was man will, sondern dass man sie so gebrauchen soll, dass sie dem Menschen dient und dem Schöpfungsplan gemäß erhalten wird.

Die erste moderne Demokratie, Vorbild für alle anderen sich danach etablierenden Demokratien, wurde in Amerika begründet – von europäischen Emigranten. Das gesamte europäische Bildungsgut und politische Wissen ist in diese Gründung eingegangen. Wenn wir Amerika als den gegenwärtigen Welthegemon einschätzen, dann ist er es aufgrund der europäischen Errungenschaften, die in ihm fortwirken. Natürlich haben diese auch ihre Schattenseiten. Aber das ist bei allem so, was groß ist.

Bei allem Reden über die EU sollten wir dieses großartige europäische Erbe mitdenken. Dass so viele europäische Staaten trotz unterschiedlicher eigener Geschichte zusammengefunden und eine Friedensordnung begründet ha-

ben, ist also solches schon etwas Wunderbares und unbedingt Erhaltenswertes. Sicherlich wurden auf dem Weg zur Einheit immer wieder Fehler gemacht. Wie sollte es anders sein bei einem so großangelegten Projekt? Einen Fehler aber sollte man nicht weiter machen: zu meinen, dass die Ökonomie der entscheidende Faktor zur Beurteilung und Gestaltung der Union ist. Europa ist eine kulturelle Einheit, Europa ist eine politische Einheit. Aus diesen Quellen müssen sich die Kräfte zur Gestaltung der Union speisen, auch zur Gestaltung des ökonomischen Zusammenwirkens. Denn die Ökonomie wird nur dann zum beherrschenden Element, wenn man es zulässt. Tatsächlich sind immer die Einstellungen der Menschen entscheidend, nicht die ökonomischen Bedingungen. Das sieht man schon daran, dass die Marktwirtschaft dort nicht recht funktioniert, wo sie auf Korruption oder eine Staatsgläubigkeit trifft, die zur Passivität verleitet.

Europa hat der Welt große Ideen und großartige Einrichtungen geschenkt. Mit diesem Selbstbewusstsein sollte es auch seine innere Einheit betreiben. Das allzu kleinteilige Tagesgeschäft und das Fehlen großer Visionen auf politischer Ebene haben leider zu verbreiteter Europa-Müdigkeit seitens der Bürger geführt. Doch Europa ist nicht nur eine Sache der Politiker. Es ist unser aller Sache.

Mit dem skrupellosen Vordringen Russlands in die Ukraine, mit seinen Machtgelüsten, die sich auch auf das zur EU gehörende Baltikum erstrecken könnten, steht Europa vor neuen Herausforderungen. Diesen ist die EU nur gewachsen, wenn sich die Bürger solidarisch hinter ihre Union stellen. Dafür gibt es gute Gründe. Einige von ihnen nahebringen, war Absicht dieses Artikels.



AUSSENPOLITIK

Spricht Europa mit einer Stimme?

Montag, den 12. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)

Die Europäische Union ist der größte Binnenmarkt der Welt, eine Supermacht in Wirtschaft, Kultur, Technologie und Wissenschaft. Doch bis heute spricht sie außenpolitisch nicht mit geeinter Stimme. Im Gegenteil, allzu häufig werden die nationalen Differenzen deutlich. Syrien, die Klimapolitik und die Flüchtlingsfrage sind hier nur einige der Beispiele.

Die Außenpolitik scheint auch heute noch nicht in der Gemeinschaft verankert zu sein. Während umständlich versucht wird über Konsultations- und Abstimmungsmechanismen Lösungen herbeizuführen, werden diese stiefmütterlichen Bemühungen häufig von realpolitischen Gegebenheiten eingeholt.

Sind Reformen angebracht? Was könnte sie verhindern und was wäre ihr Preis? Die Passauer Politiktage 2014 wollen die Entwicklung der gemeinsamen europäischen Außenpolitik aufzeigen und mit Experten erörtern wohin die Reise vielleicht noch gehen könnte.



PROF. DR. ECKART D. STRATENSCHULTE

Eckart D. Stratenschulte (* 1952 in Heidelberg) ist Leiter der Europäischen Akademie Berlin. Nach dem Abitur 1970 studierte er Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik an der Philipps-Universität in Marburg. Nach seinem Diplom in Soziologie und dem Ersten Staatsexamen promovierte er 1978 in Marburg zum Dr. phil. Anschließend dozierte Prof. Dr. Stratenschulte am Institut für intereuropäische Studien Berlin, des-

sen Leiter er 1982 wurde. Zur Zeit der Maueröffnung und Hauptstadtwerdung Berlins arbeitete Stratenschulte für die Senatskanzlei Berlin. Hier auf übernahm er die Leitung der Europäischen Akademie Berlin. Seit 1999 lehrt er zusätzlich im Fach Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Darüber hinaus ist Herr Stratenschulte Vorstandsmitglied des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.



PROF. DR. GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (* 1956) studierte Politikwissenschaft am Institut d'Etudes Politiques in Grenoble/Frankreich und am Geschwister-Scholl-Institut in München. 1986 promovierte sie beim bekannten Politikwissenschaftler und Historiker Prof. Dr. Kurt Sontheimer. In der Folgezeit war Frau Müller-Brandeck-Bocquet Akademische Rätin a. Z. am Geschwister-Scholl-Institut am Lehrstuhl von Professor Sontheimer. 1995

habilitierte sie mit einer Arbeit über deutsche, französische und europäische Umweltpolitik. Nach Vertretungsprofessuren an zwei Universitäten wechselte Dr. Müller-Brandeck-Bocquet an die Universität Würzburg, an der sie bis heute als Professorin für Politikwissenschaft lehrt. Ihre Schwerpunkte sind Europaforschung und Internationale Beziehungen.



DR. KLAUS ROSE

Klaus Rose (* 1941 in Augsburg) ist ein deutscher Politiker. Rose ist seit 1961 Mitglied der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU). Nach dem Abitur in Passau 1961 begann er ein Studium der Geschichte, Anglistik, Politik- und Wirtschaftswissenschaften in München. Hierauf promovierte er zum Dr. phil. Rose war von 1974 bis 1977 Mitglied des Bayerischen Landtags und von 1977 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Während dieser Zeit war er unter anderem im Verteidi-

gungs- und Haushaltsausschuss tätig, von 1997 bis 1998 zudem Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium. Im Bundestag vertrat er zuletzt den Wahlkreis Passau (Niederbayern). Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 unterlag Klaus Rose in der Auseinandersetzung um das Direktmandat im Wahlkreis Passau seinem Parteifreund Andreas Scheuer und trat daraufhin nicht mehr zur Wahl für den 16. Deutschen Bundestag an.

Die Europäische Außenpolitik

Mittendrin, doch nicht dabei

von MARCEL BÖTTCHER

Vergleicht man die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union mit anderen Politikfeldern, so ist sie ein vergleichsweise junges Projekt. Erst im Jahr 1993, mit dem in Kraft treten des Vertrages von Maastricht, erlangte die EU eine eingeschränkte Zuständigkeit. 16 Jahre später, im Zuge des Lissabon Vertrages, wurde mit Catherine Ashton die erste Hohe Vertreterin der Europäischen Union etabliert. Ihre Personalie kommt der einer Außenministerin der EU am nächsten. Parallel zu dieser fortschreitenden formellen Ausgestaltung zeichnet sich jedoch ein bedenkliches Bild ab. Während im Zuge der internationalen, politischen Krisen, Syrien und die Krim sind nur zwei Beispiele die stellvertretend für viele stehen, immer höhere Anforderungen an die europäische Außenpolitik gestellt und immer weitgehendere Erwartungen formuliert werden, existiert sie realpolitisch kaum oder nur in Ansätzen. Statt einer vollständig integrierten Außenpolitik, hat sich ein breitangelegtes außenpolitisches Beziehungsgeflecht zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Union herausgebildet. Zurückzuführen ist dies auf die föderalen und subsidiären Strukturen, die im Falle einer nicht vollständig erfolgten Vergemeinschaftung eines Politikfeldes greifen. Statt einer einheitlichen Behandlung des aufgeworfenen Problems im Rahmen des Europäischen

Parlamentes oder einer anderen Institution, trifft sich stattdessen ein Ausschuss der nationalen Außenminister. Diese sind unabhängig von den meisten europapolitischen Vereinbarungen und fällen ihre Entscheidungen, die dann eher den Willen der Nationalstaaten, nicht den der EU darstellen, über einen Konsultations- und Abstimmungsmechanismus der Mitgliedsländer. Diese politische Gegebenheit ist zwar den institutionellen und vertraglichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union angemessen, reicht jedoch in Krisenzeiten nicht aus um schnell und ‚mit einer Stimme‘ zu sprechen. Das Schwächt die Position der EU auf der internationalen Bühne enorm und die Wahrnehmung als gewichtiger ‚Global Player‘ wird ihr verwehrt.

Dass sich die heutige Situation wie beschrieben präsentiert und die Mitgliedsstaaten in außenpolitischen Fragen noch immer stets ihr eigenes Süppchen kochen, hat einen ebenso einleuchtenden wie offensichtlichen Grund: Macht. Zugegeben, bei beinahe allen politischen Handlungen, sowohl in den Nationalstaaten als auch in der EU, geht es um Macht und Einfluss, doch dieser Fall ist noch etwas spezieller gelagert.

Während sich die europäischen Staatenlenker schon in Zeiten in denen die EU noch in ihren Kinderschuhen steckte bei der Vergemeinschaftung wirtschaftlicher Politikfelder

schnell einig wurden, halten sie sich bis heute in Fragen möglicher politischer Machttransfers äußerst bedeckt. Selbstverständlich fällt es leichter Papieren zuzustimmen, die wirtschaftliche Vorteile für alle versprechen, als jenen, die möglicherweise den Einfluss nationaler Regierungen beschneiden könnten. Unter all diesen politisch delikaten Angelegenheiten ist das Feld Außenpolitik das unter Verschluss gehaltene Kronjuwel der Mitgliedsstaaten. Wirt-

erkannt haben. Vieles spricht dafür. Eine moderne Europäische Außenpolitik sollte sich an den multipolaren Realitäten des 21. Jahrhunderts ausrichten. Dass es Russland möglich war, Europa und die ganze Welt vor ein *fait accompli* zu stellen, liegt neben der fehlenden militärischen Stärke, welche im Zuge der wirtschaftlichen Verflechtungen nebensächlich erscheint, vor allem an einer unzureichend ausgebauten gemeinsamen Strategie.

”

„Es gibt nur kleine europäische Staaten. Manche haben es lediglich noch nicht gemerkt.“

schaftliche und politische Staatsinteressen und -geheimnisse, Verhandlungssouveränität und vor allem die Überwachung nationaler, außenpolitischer Winkelzüge, sind nur einige Schlagwörter die in Verbindung mit Kompetenzabgaben an die Union kollektive Schweißausbrüche europäischer Diplomatenchors auslösen. Da bleibt man lieber unter sich, vielen Dank. Wer würde denn ernsthaft in Erwägung ziehen, dass etwaige Rüstungsgeschäfte mit mittelmäßig vertrauenswürdigen Handelspartnern in irgendeinem EU-Ausschuss ins Stocken geraten, wo sie doch nationalen Ansprüchen absolut zu genügen scheinen. Nein, an dieser Stelle sind sich die Regierungen und ihre Diplomaten einig, lieber keine gemeinschaftlichen Experimente.

Das sehen die Unionsbürger allerdings anders. Trotz den ansonsten stagnierenden, katastrophalen Umfragewerten für Beliebtheit, Möglichkeiten zur politischen Beteiligung, Legitimität und Bürgernähe der EU, befürworten die Bürgerinnen und Bürger ein gemeinsames Engagement für Frieden und Demokratie und fordern eine tiefere Zusammenarbeit und einheitliche Strukturen. In den regelmäßig stattfindenden Eurobarometer Umfragen stimmen 80 Prozent der Teilnehmer für eine höhere, gemeinschaftliche Einflussnahme auf die Außenpolitik.

Es mag sein, dass die Bürger der EU das heute Notwendige

Doch aus dieser Not kann eine Tugend erwachsen. Die Lage in der Krim, so misslich sie auch sein mag, bietet die Chance die europäische Außenpolitik nachhaltig zu stärken. Eine anhaltende strategische Abstimmung zwischen den Europäischen Staaten, wie bei den gemeinsamen Sanktionen gegen Russland geschehen, auch wenn man sich diesen gegenüber inhaltlich diametral positionieren kann, wäre ein immenser Schritt zu mehr Präsenz und Wirkmächtigkeit auf dem diplomatischen Parkett. Für eine höhere Schlagkraft und Einheit der gemeinsamen Außenpolitik bedürfte es nicht einmal eines neuen vertraglichen Rahmens oder einer stärkeren Institutionalisierung, lediglich mehr politischen Willens.

Kein europäischer Nationalstaat kann die aktuellen Herausforderungen allein meistern. Dies gilt für binnenpolitische Probleme wie die Staatsschuldenkrise ebenso wie für die angesprochenen internationalen Probleme in Osteuropa und im Nahen Osten. Der belgische Europapolitiker Henri Spaak formulierte es einst sehr treffend: „Es gibt nur kleine europäische Staaten. Manche haben es nur noch nicht gemerkt.“

Die Europäische Union

Ein Projekt mit vielen Problemen und großem Potential



Interview mit
PROF. DR. BERNHARD STAHL
Lehrstuhl für Internationale Politik

Das Gespräch führten Marie Kapitan und Elisabeth Weißbecker



„Die Medien hassen die Europäische Union, weil sie langweilig und gut ist.“

Welchen Stellenwert nimmt die EU innerhalb ihrer Disziplin ein?

Die EU ist natürlich in meiner Disziplin etwas sehr Besonderes, weil sie ein Organisationstyp ist, den es sonst nirgendwo auf der Welt gibt. Zwar gibt es sehr viele andere regionale Organisationen, aber diese sind anders aufgebaut. Und deswegen hat die EU schon eine Sonderrolle inne. Es ist zweifellos so, dass Europa der am dichtesten verregelte Kontinent dieser Welt ist und mittlerweile haben wir ein dauerhaftes Regulierungssystem in der EU, das nicht mehr von dem guten oder schlechten Willen einzelner Regierungen abhängig ist. Also nehmen wir mal als Beispiel Mercosur in Lateinamerika: Wenn Brasilien sagt, wir machen nichts mit dem Mercosur, dann ist der Mercosur am Ende. Das Gleiche kann in Europa nicht passieren, weil selbst wenn es Regierungen gibt wie jetzt in Großbritannien, die sagen, wir wollen eigentlich nichts von der EU, läuft das Regieren in Europa weiter.

Welche ist Ihre liebste Stammischweisheit zur EU?

„Die Medien hassen die Europäische Union, weil sie langweilig und gut ist.“

Was halten Sie von diesem Statement: „Die Europawahl 2014 ist mehr Schicksalstag als Stimmungstest.“

Schicksalstag finde ich sehr übertrieben, da ja im Europäischen Parlament die größten vier politischen Gruppierungen eigentlich mehr oder minder einer Meinung sind

in den Hauptfragen der Europäischen Integration. Außerdem ist das Europäische Parlament immer noch im Prozess des Sich-Etablierens gegenüber den anderen europäischen Organen. Insofern ist es ein nationales Missverständnis zu erwarten, dass die Europawahl genauso abläuft wie eine nationale Wahl und wir da eben das normale Links-Rechts-Schema haben. Oder Populisten, die das Parlament kapern, was ja zumindest in einigen EU Ländern droht oder man kann ja diskutieren, ob das für Ungarn oder andere Länder schon passiert ist. Aber bei der Wahl werden die großen und die pro-europäischen Parteien sicherlich wieder die große Mehrheit der Abgeordneten stellen. Von daher ist das kein Schicksalstag.

Ist in Europa ein zunehmend europaskeptischer Trend zu verzeichnen?

Es gibt eine zunehmende Politisierung des europäischen Projekts und es gibt einen größer werdenden Cleavage zwischen Menschen, die der EU skeptisch gegenüber stehen, und solchen, die finden, dass sie eine gute Sache ist. Das wird sich mehr und mehr in der EU ausdrücken: wir haben z.B. mehr und mehr skeptische Parteien, mehr und mehr populistische Parteien, rechts und links. Und da kann man jetzt drüber streiten, ob das eine gute oder schlechte Sache ist. Denn einerseits möchten wir, dass alle gute Europäer sind und gute Demokraten natürlich. Andererseits sagen wir, aber eigentlich sollten wir auch um Europa streiten. Wenn ich mal die letzte Position beziehe, dann könnten wir

sagen, naja, das ist eigentlich eine ganz gute Entwicklung, dass wir jetzt heftig darüber streiten, ob die EU nun gut ist, ob die Richtung gut ist, ob es eine kleine oder große sein soll, was uns das gebracht hat, wie es denn weiter gehen soll. Und das es da in diesem Streit auch immer Parteien geben wird, die sagen, wollen wir nicht, ist uns alles zu viel, lieber die Nationen nach vorne oder meine Region nach vorne, das halte ich für einen ganz normalen demokratischen Zustand.

Welche Wahlbeteiligung prognostizieren Sie für die Europawahl 2014?

Die Wahlbeteiligung wird wahrscheinlich schlecht. Vielleicht aber wird ein bisschen helfen, dass populistische Parteien tatsächlich versuchen, bei der Europawahl etwas zu erreichen. Das heißt, es kann sein, dass wir den Populisten doch eine halbwegs gute Wahlbeteiligung verdanken werden. Wir müssen hier aber auch sehen, dass das Europäische Parlament noch dabei ist, sich zu behaupten. Es ist kein nationales Parlament, das die Regierung wählt. Und weil das so ist, ist ja die Frage für den Bürger, warum er da wählen soll. Ich kann ja durch meine Stimme in der Europawahl nicht entscheiden, ob der eine oder der andere regiert. Das macht es sehr schwer, zu argumentieren, warum man da wählen sollte.

Hat die Wählerstimme dann noch einen echten Wert?

Unsere Stimmen sind schon was wert, weil das Europäische Parlament in dem komplexen Spiel der Institutionen in Brüssel immer mehr Macht bekommen hat und heute geht nichts mehr ohne das EP. Nehmen wir z.B. die Fluggästedatenbank und die Vereinbarung mit den USA. Noch vor dem Bekanntwerden des NSA Skandals hat das EP das

gestoppt. Kein nationales Parlament hat das gestoppt. Alle nationalen Regierungen haben zugestimmt und gesagt, was die Amerikaner wollen, das machen wir. Nur das EP hat gesagt, das geht zu weit. Also hier sehen wir sehr klar, dass das EP an Macht gewonnen hat und auch weiß, seine gewonnene Macht einzusetzen. Trotzdem kann es eben nicht direkt die Regierung wählen. Es hat Einfluss gewonnen auf die Ernennung der Kommissare, ok, aber es kann nicht die Regierung wählen und solange das nicht so ist, ist es für den normalen Bürger im Prinzip nur eine Art Glaubensbekenntnis für Europa oder dagegen.

Wie steht es um die EU Außenpolitik?

Zur EU-Außenpolitik eine generelle Bemerkung: weitgehend unbemerkt von den nationalen Öffentlichkeiten hat sich die EU-Außenpolitik enorm entwickelt. Die operative EU-Außenpolitik, die normalen Hilfslieferungen an bedürftige Länder, die normalen Handelsabkommen, sagen wir mal „business as usual“ im Erweiterungsprozess; all diese Dinge macht die Europäische Union und sie macht sie konsensual, ohne dass die einzelnen Mitgliedsstaaten da noch reinreden würden. Und sie macht dies in ganz vielen Bereichen, nehmen wir mal die Abstimmungen in der UN-Generalversammlung: in 95% der Fälle stimmen die EU Staaten gleich, bei allen möglichen Fragen der Weltpolitik. Wo wir aber immer auseinander fallen ist, wenn es um eine große Krise geht oder wenn es um Fragen von Krieg und Frieden geht, Einsatz von Militär, oder auch Anerkennung von Staaten, also die traditionellen Bereiche der nationalstaatlichen Politik. Hier haben wir große Probleme, eine gemeinsame Position hinzubekommen.

Könnte die Zentralafrikanische Republik und die Dynamik



*„Serbien ist ein Problemfall
der Südosteuropä-
erweiterungsrunde“*



„Wenn wir von geographischen Grenzen ausgehen, dann wäre ja die Südost-Erweiterung die letzte, die wir sehen“

rund um die Frage einer Intervention von europäischer Seite als Beispiel dienen?

In der Frage der Interventionen ist es nun so, dass die EU noch relativ schwach ist, wir sind ja hier im Prinzip noch ohne Einfluss des Parlaments, der Kommission und des Gerichtshofs, das heißt, das ist immer noch weitgehend intergouvernemental organisiert. Auch hier sind wir besser geworden bei kleinen Missionen. Nehmen wir mal die Mission der EU im Kongo 2006. Wir trauen uns schon ab und zu als EU etwas zu, aber für Militäreinsätze gilt eigentlich nach wie vor, dass das Nationalstaaten machen. Ein Nationalstaat, der sich besonders berufen fühlt, geht als „leading nation“ voran, und die anderen unterstützen ein wenig. Das ist das Prinzip und das sehen wir jetzt wieder in der Zentralafrikanischen Republik: Da hat Frankreich interveniert weil kein anderer will oder kann. Die USA, die UNO, die NATO, auch die Afrikanische Union, alle fordern dann Frankreich auf zu intervenieren und das trifft für alle französischen Interventionen der letzten Jahre in Afrika zu. Die Franzosen tun es, mehr oder minder widerwillig, weil es sie auch sehr viele Ressourcen kostet. Außerdem haben wir seit dem Völkermord in Ruanda 1994, und der sehr unglücklichen französischen Militärmission „Turquoise“ eine Veränderung der französischen Außenpolitik.

Also die französische Außenpolitik hat sich gewandelt, die deutsche aber nicht. Deutschland spielt hier jetzt eine Schlüsselrolle, denn wenn Deutschland Frankreich nicht unterstützt in diesen Fragen, dann stellen sich die skandinavischen Länder und die neutralen Länder, die Osteuropäischen Länder- mit viel kleineren Budgets, mit überhaupt

keinen Interessen in Afrika- die Frage, wenn Deutschland nichts macht, warum sollen wir dann? Und dann gehen die Franzosen alleine.

Wie steht es um die „Battle Groups“ der EU?

Die Battle groups sind ja Ende der 90er Jahre geschaffen worden, um genau solche Missionen durchzuführen. Sie sind nie eingesetzt worden, weil Deutschland das aus verschiedenen Gründen nicht wollte. Deutschland hat hier Frankreich immer den Einsatz verweigert bis Frankreich ja letztes Jahr beschlossen hat aus Budgetgründen, seine Soldaten aus den deutsch-französischen und den europäischen Einheiten zurückzuziehen. Sie können es sich nicht leisten, Soldaten in Deutschland zu halten, die immer nur auf und ab paradieren und die Fahnen schwenken, während sie im Tschad, im Mali, in der Elfenbeinküste und in Zentralafrika kämpfen oder Stabilisierungsaufgaben wahrnehmen. Das hat offensichtlich jetzt zu einer Veränderung der deutschen Außenpolitik geführt- Stichwort Frau von der Leyen und Herr Steinmeier- die das jetzt auch etwas anders sehen. Deswegen Steinmeiers Aussage in der EU, wir könnten Frankreich nicht mehr alleine stehen lassen. Nach dem Ausspruch des französischen Verteidigungsministerin der Libyen Krise, die europäische Verteidigungspolitik sei tot, will Steinmeier jetzt die EU wieder aktivieren.

Wie stehen Sie zu den serbischen Beitrittsverhandlungen?

Serbien ist ein Problemfall der Südosteuropaerweiterungsrunde. Das war von Anfang an klar, weil Serbien- ich nehme jetzt nur einen Indikator- Probleme mit der Staatsbildung

hat. Serbiens Grenzen sind heute noch ungeklärt. Wir akzeptieren aber eigentlich nur Staaten, wenn sie saturierte Nationalstaaten sind, das heißt, wenn sie nicht mehr mit den Nachbarn oder mit irgendwem sonst im Clinch darüber liegen, wo denn die Grenzen des Staates liegen. Das ist ein unausgesprochenes Beitrittskriterium, was aber immer festgestanden hat. Wir haben einmal sehr böse dagegen verstoßen im Falle Zypern. Das hat uns auch sehr viel gekostet, denn wir haben seitdem sehr große Schwierigkeiten mit der Türkei, weil wir Zypern erlaubt haben, beizutreten, obwohl sie eben nicht über geordnete Außengrenzen verfügen. Denselben Fehler wollen also die meisten Regierungen mit Serbien nicht wieder begehen und so ist die Anerkennung Kosovos ein relativ zentraler Punkt.

Ein gutes Stichwort, einige Mitgliedsländer der EU haben den Kosovo als souveränen Staat anerkannt, andere nicht. Sollte die Union nicht eine gemeinsame Position vertreten?

Das prekäre für die EU ist natürlich, dass sie selber den Kosovo nicht anerkennt, weil vier Mitgliedstaaten das noch nicht getan haben. Solange diese Staaten ihn nicht anerkennen, wie soll die EU das von Serbien fordern? Insofern ist der modus vivendi, dass die EU sagt, es muss Frieden sein und friedliche Beziehungen sonst könnte Serbien nicht beitreten. Also dies ist sicherlich der größte Stolperstein. Allein die Europarechtler würden sich ja die Haare raufen, wie soll man sich das vorstellen, dass Serbien in der Gestalt Serbien ohne Kosovo und Serbien in der Gestalt mit Kosovo gleichzeitig beitrifft und dann alle Regelungen irgendwie für Kosovo gelten und irgendwie für Kosovo auch nicht gelten sollen. Und die Kosovo Gesetze, die es in der Republik Kosovo selber bestimmt, sollen dann auch irgendwie Geltung haben für manche EU Staaten und andere nicht. Ich kann mir das überhaupt nicht vorstellen und ich glaube, es wird hier einen Streik der Europarechtler geben ganz jenseits dieser politischen Fragen. Es ist absolut undenkbar, dass Serbien beitreten kann, ohne diese Frage sehr eindeutig gelöst zu haben.

Ist in absehbarer Zeit mit einem Beitritt Serbiens zu rechnen?

Ich war ja selber ein paar Jahre in Serbien und als ich 2004 dahin kam, hab ich allen, die es hören wollten oder nicht, gesagt, dass vor 2019 ein Beitritt sowieso nicht passiert.

Worauf die meisten Menschen mich eigentlich gerne steinigen wollten, weil alle mit einem Beitritt 2008, 2010 oder 2012 rechneten, maximal. Jetzt haben wir 2014 und wir sprechen über 2020, auch das ist unrealistisch aus meiner Sicht. Die Verhandlungen haben jetzt gerade begonnen, die normale Verhandlungsdauer sind acht Jahre, wenn alles klappen würde und ohne das Kosovo Problem. Ich sehe das nicht, dass das bis 2020 zu schaffen wäre. Davon mal ganz abgesehen kommt ja nach der Verhandlungs- noch die Ratifikationsphase und hier kann auch in anderen Ländern noch einiges passieren. Ich sag mal nur Kroatien und welche kroatische Regierung dann dort ist. Haben wir eine politische kroatische Regierung, die sagt, ja, wir befragen das Volk, ob Serbien beitreten darf – schon ist die Sache gelaufen. Es kann hier also noch zu sehr vielen politischen Entwicklungen kommen auf dieser sehr langen Wegstrecke, die einen Beitritt Serbiens verhindern würden, ohne dass ich jetzt schon über die Entwicklungen in Serbien selber gesprochen habe. Denn ich hoffe natürlich sehr, dass der Reformkurs in Serbien weitergeht, aber er müsste sich auch ein bisschen intensivieren. Da haben wir nämlich sehr viele Strukturen, die im Prinzip noch aus diktatorischen Zeiten kommen.

Wenn wir gerade von möglichen Beitritten sprechen, wie viel Potential hat die EU noch?

Wenn wir von geographischen Grenzen ausgehen, dann wäre ja die Südost-Erweiterung die letzte, die wir sehen. Vielleicht eben dann nochmal die letzte Osteuropaerweiterung bis Moldau und Ukraine und über die beiden anderen Staaten kann man dann schon streiten. Also da wären die Erweiterungsperspektiven begrenzt. Dies ist aber nur eine Begrenzung, die wir uns auferlegen würden, wenn wir nur geographisch denken. Wenn ich jetzt mal den Idealisten mime und auch keine Angst habe vor Vorwürfen, ich mache ein postkoloniales Argument, dann würde ich sagen, im Prinzip ist die Europäische Integration ein universeller Prozess. Die EU behandelt das auch so, indem sie ja schon europäische Nachbarschaftspolitik macht, und eine europäische Außenpolitik usw. Das heißt, man könnte sich langfristig fragen, ob nicht die Staaten auch in der Peripherie, die dann angrenzend sind, irgendwann einmal den Gedanken haben, sie könnten auch beitreten. Also wenn



Prof. Stahl blickt in die KIRSTALLKUGEL

die Türkei erst mal dabei ist, kann man da ja auch weiter denken. Vom originären Gedanken der Europäischen Integration spricht aus meiner Sicht gar nichts dagegen.

Welche Hindernisse gibt es?

Was aber natürlich dagegen spricht und jetzt kommen wir auf das aktuelle Problem der EU, ist die Konsolidierungskrise. Das heißt, die EU braucht ein Maß an Solidarität. Wir müssen uns als Bürger der einzelnen Nationalstaaten für die Bürger der anderen Nationalstaaten, die beitreten, zumindest in einem Mindestmaß solidarisch fühlen. Wenn

das ein Problem ist, dann kann es nicht funktionieren. Und jetzt haben wir Solidaritätsprobleme. Die haben wir insbesondere deswegen, weil die Regelbefolgung und die Verlässlichkeit der Politik, auch die Güte der jeweiligen nationalen politischen Systeme, in vielen Staaten nicht mit dem europäischen Gedanken und der Güte des europäischen Systems mitgewachsen sind. Ich sag jetzt mal etwas, was viele auf den ersten Blick überrascht: das Regierungs- und Entscheidungssystem auf Ebene der EU ist um Längen besser als das nationale politische System in sehr vielen unserer Mitgliedsstaaten. Und es ist um Dimensionen besser als

das, was wir in einigen Staaten haben, die um uns herum liegen.

Aus welchem Grund wird dann so viel Kritik geäußert?

Wenn die Nationalstaaten ihre Hausaufgaben nicht machen, das heißt, die Eliten nicht lernen, was es bedeutet, Europäer zu sein, die Bürger sich nicht auch für ihre Politik verantwortlich fühlen, dementsprechend Leute abwählen, die korrupt sind und dem Land Schaden zufügen, wenn die jeweiligen nationalen Bürger das nicht tun, dann bekommen die anderen Länder auch ein Problem mit der Solidarität. Und das ist genau das, ich sag mal einen extremen Fall, was wir in den Niederlanden sehen. Die Niederlande sind in den letzten zehn Jahren von einem extrem erweiterungsfreundlichen zu einem extrem erweiterungsfeindlichen Land geworden. Warum? Weil sie sehen, unsere

ment nicht vertragen. Das heißt, ich bin im Moment auch kein großer Freund von schnellen Erweiterungen oder einem großen Plan, der jetzt die EU dazu bringt, sich auf der Welt auszudehnen. Abstrakt gesehen, halte ich das für ok, aber die konkrete Entwicklung ist so, dass wir in einer Konsolidierungskrise sind und da werden wir auch noch einige Jahre drin bleiben.

Ist die EU eine Institution mit Zukunft? Wird sie sich weiter erhalten und nicht zerfallen?

Der Zerfall der EU... die nächste große Krise wird sicherlich der Austritt Großbritanniens sein, den ich befürchte nach dem Referendum 2017. Das wird noch mal ne große Klippe, weil sich dann zeigen wird, wie die anderen großen Staaten des Kontinents darauf reagieren werden. Es kann sein, dass eine erhöhte Kohäsion kommt, dass die ande-

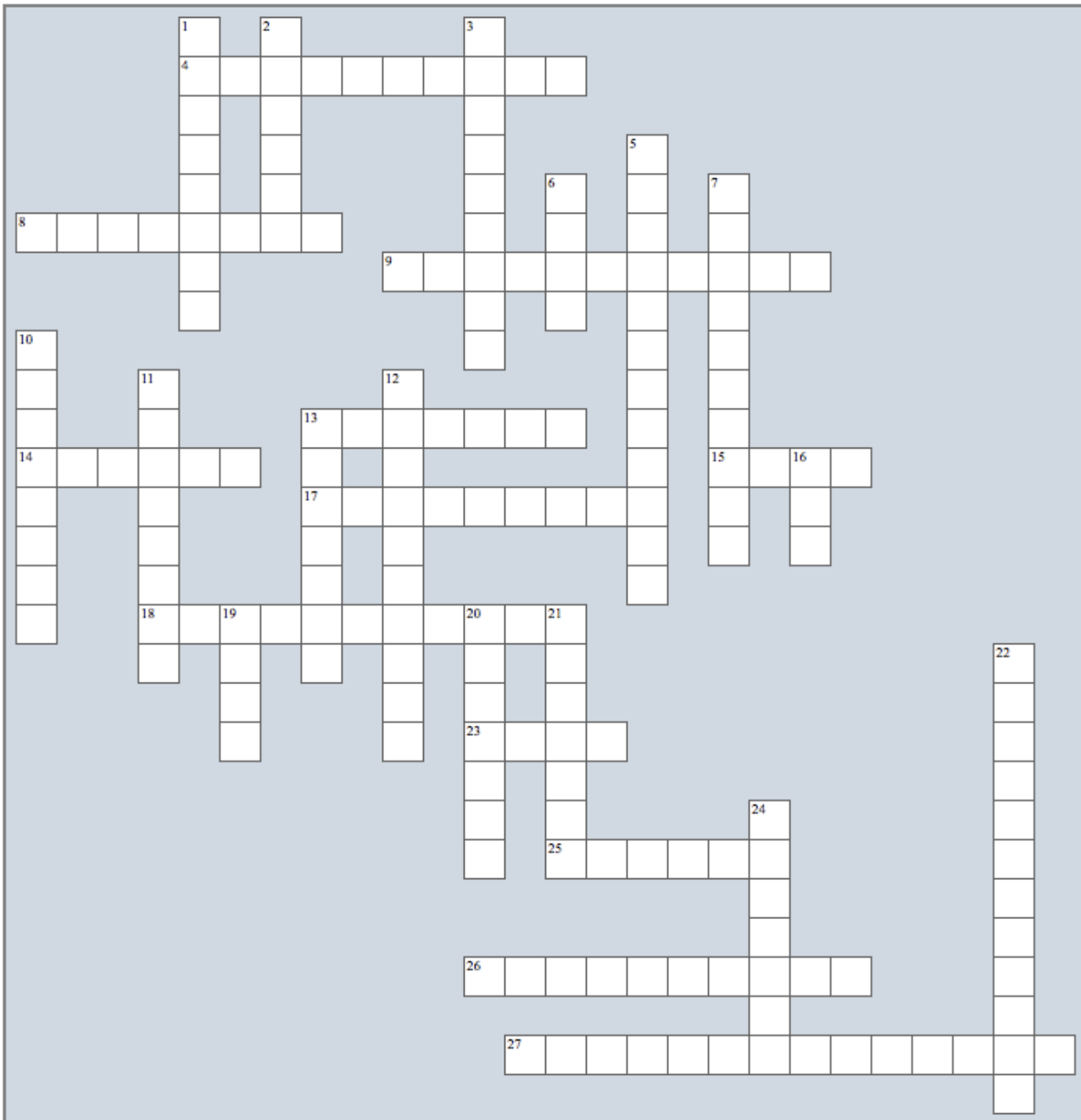
”

„Das Regierungs- und Entscheidungssystem auf EU-Ebene ist um Längen besser als das nationale“

Solidarität, die wir mal investiert haben, wurde ausgenutzt. Die anderen führen die Regeln gar nicht durch - Stichwort Griechenland - sondern nutzen es aus, wir sollen die einfach nur bezahlen fürs Nichtstun und dann geht die Solidarität dahin. Also ich hab jetzt nur diesen einen Argumentationsstrang verfolgt, um zu zeigen, dass die Solidarität, die Kohäsion zwischen den Staaten und den Bevölkerungen abnimmt. Und wir sind da in einer Konsolidierungsphase. Wir müssen uns erst mal ein wenig konsolidieren, um wieder ... ja, europäische Gefühle ist ein großes Wort... aber im Prinzip, um das wiederzuentdecken oder auch zu pflegen, was wir haben. Und sehr viel mehr von diesen Staaten, die das eigentlich nicht einbringen, aus welchen Gründen, historischen und anderen auch immer, können wir im Mo-

ren Staaten dann sagen, also jetzt erst recht. Wir müssen uns aber auch ein bisschen anschauen, was ist da schief gelaufen, wie könnten wir da weiter machen. Oder ob es zu einem generellen Gefühl kommt von naja, wir brauchen die EU dann nicht mehr und andere Staaten, Regierungen würden sich dann vielleicht angesteckt fühlen und würden sagen, wir folgen den Briten.

Herr Professor Stahl, vielen Dank für das Gespräch!



Waagrecht

- 4. Sitz d. Europäischen Parlamentes
- 8. Sitz des Europäischen Rates
- 9. Gründungsmitglied
- 13. Kommissionspräsident (Nachname)
- 14. Hohe Vertreterin GASP (Nachname)
- 15. Engl. Abk. EGKS
- 17. Amtssprache Litauen
- 18. Gründungsmitglied
- 23. Eur. Betrugsbekämpfungsbehörde
- 25. Premier Malta (Nachname)
- 26. Gründungsmitglied
- 27. Staatsform EU

Senkrecht

- 1. Amtssprache Estlands
- 2. Hymne: Ode an die ...
- 3. Gründungsmitglied
- 5. EuRH: Europäischer ...
- 6. Engl. Abk. GASP
- 7. urspr. Gründungsvertrag (1992)
- 10. 28. Mitgliedsstaat
- 11. 18. Mitglied Eurozone
- 12. Hauptstadt Slowakei
- 13. Gründungsmitglied
- 16. Schwedische Währung
- 19. Abk. Europäischer Gerichtshof
- 20. Hauptstadt Zypern
- 21. Abk. Eur. Atomgemeinschaft
- 22. 10. Mitgliedsstaat
- 24. Gründungsmitglied



LEGITIMATION

Wie demokratisch ist Europa?

Dienstag, den 13. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)

Kein gemeinsames Staatsvolk, keine gemeinsame Öffentlichkeit, keine gleichen Wahlen, kein gesteigertes Interesse. Die Legitimation der Europäischen Union scheint maximal in einem bescheidenen Umfang zu existieren, so zumindest ihre Kritiker. Unsinn sagen die anderen, institutionell und juristisch sei alles im Reinen. Kein Grund zur Sorge also.

Und die Bürger? Sie, die eigentlich im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen sollten blicken häufig in gleichen Teilen mit Unverständnis und Unkenntnis auf die wortgewaltige, vor allem wissenschaftlich geführte Debatte. Dabei ist die aufgeworfene Frage doch eigentlich von höchster Bedeutung für sie. Wie demokratisch ist die EU eigentlich, wie viel Macht haben die Wähler?

Im Spannungsfeld der Europawahl 2014, die schon weit vor dem 25. Mai besonders europakritischen Parteien große Stimmgewinne verspricht, ist die Frage nach der Legitimation der EU aktueller als je zuvor. Dieses Jahr geben die Bürger bei der Wahl zum Europäischen Parlament mit ihrer Stimme zum ersten Mal gleichzeitig eine Empfehlung für den Präsidenten der Kommission ab. Ein weiteres Recht, dessen Tragweite nur wenige vollständig überblicken können oder der erste Schritt zu notwendigen Reformen? Haben die Union und ihre Bürger lediglich ein Kommunikationsproblem oder besteht die monierte demokratiethoretische Kluft?



KONRAD ADAM

Konrad Adam (* 1942 in Wuppertal) ist ein deutscher Politiker (AfD), Journalist und Buchautor. Er studierte nach dem Abitur in den 1960er Jahren Klassische Philologie, Geschichte und Rechtswissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Nach dem Staatsexamen wurde er 1971 an der Philosophischen Fakultät in Kiel zum Dr. phil. promoviert.

In der Folge arbeitete Adam als Redakteur bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Kiel und

Hamburg. Von 1979 bis 2000 war Adam Mitglied der Feuilleton-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und danach bis in das Jahr 2007 politischer Chefredakteur bei der Tageszeitung Die Welt in Berlin.

Seit seinem Eintritt in den Ruhestand schreibt er wieder vermehrt für das Feuilleton der FAZ. Sein politisches Wirken begann 2013 als Gründungsmitglied der eurokritischen Wahlalternative 2013. Seit vergangenem Jahr ist er darüber hinaus ein Sprecher der Partei Alternative für Deutschland (AfD).



DANIEL SAHL

Daniel Sahl (* Wiesbaden) ist neuer Persönlicher Referent des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Er studierte Betriebswirtschaft, politische Ökonomie und Internationale Beziehungen in Berlin und Aberdeen. Als ausgewiesener Experte für Informations- u. Kommunikationstechnologie arbeitete er für Siemens und später für die Initiative

D21. Nach einer Beschäftigung im Bereich Corporate Social Responsibility bei Nokia Siemens Networks, wechselte Sahl zum BDI, wo er seit 2010 als Referent in der Abteilung Europapolitik arbeitet. Seit Juli 2012 ist Sahl Vorstandsmitglied im Netzwerk der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD).

Viel Lärm um nichts?

Legitimation ist ein sperriger Ausdruck, der die meisten Unionsbürger betrifft aber den wenigstens wirklich etwas sagt. Dies gilt bereits auf der nationalen Ebene und potenziert sich auf der europäischen noch einmal um ein Vielfaches. Doch in den letzten Jahren scheint es, als rücke die damit zusammenhängenden Problematik zunehmend in den Blick der Öffentlichkeit, meist in Verbindung mit ihrer Abstinenz innerhalb der Europäischen Union. In der Wissenschaft, den Medien und auch in der Politik werden Stimmen laut, die ein Legitimationsproblem und somit ein Demokratiedefizit innerhalb der Union erkennen wollen, welches die Rechtmäßigkeit der Handlungen der EU-Institutionen in Frage stellen soll. Und nicht nur das, selbst die Bürger hätten das Gefühl, dass ihre nationalen Demokratien durch die Art und Weise, wie die Europäische Union mit der Eurokrise umgehe untergraben werden. Undurchsichtige Gesetzesvorlagen, vorgeblich wirtschaftliche Sachzwänge und aus der Not geborene beschleunigte Abstimmungsverfahren würden die demokratischen Strukturen verwässern und so den nationalen Volksvertretungen die Möglichkeit verwehren tatsächlichen Einfluss zu üben. So beschreibt es jedenfalls José Ignacio Torreblanca, Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Nacional de Educación a Distancia.

Aktuelle Eurobarometerumfragen und die Wahlprognosen für die Europawahl 2014 stützen diese These. Als Folge der wachsenden Unzufriedenheit wenden sich mehr und mehr Menschen euroskeptischen und/oder national orientierten Parteien zu. Auch wenn diese Unzufriedenheit selbstverständlich noch durch weitere Faktoren befeuert wird, wie die missliche wirtschaftliche Lage vieler Mitgliedsländer

von TERESA DEGELMANN und MARCEL BÖTTCHER

und die Angst vor einer kulturellen Auflösung der einzelnen Nationen durch Zuwanderung etc., spielt die empfundene Machtlosigkeit vor dem Brüsseler Institutionen- und Regulationsapparat eine maßgebliche Rolle in der Dynamik. Während der Front National auf kommunaler Ebene zunehmend an Stärke gewinnt und nach dem 25. Mai wohl als stärkste französische Partei in das Europäische Parlament (EP) einziehen wird, etabliert sich die Alternative für Deutschland ihrem Namen entsprechend als eben jene für viele unzufriedene in der Bundesrepublik. Und dies sind nur zwei Beispiele für einen Trend, der sich in ganz Europa abzeichnet.

Der Vorwurf mangelnder Legitimität der EU hat also ganz offensichtlich reale Folgen. Auch wenn diese von jedem individuell bewertet werden müssen, sollte dennoch ihr Ursprung im Generellen beleuchtet werden. Ist die EU wirklich so undemokratisch? Wie viel Wahrheit birgt die Kritik? Um sich dieser Frage zu nähern müssen zunächst die Ebenen benannt werden, auf denen von verschiedenen Seiten legitimatorische Problemstellungen erkannt werden. Grob können fünf verschiedene unterschieden werden: 1. ein Machtungleichgewicht innerhalb der Europäischen Institutionen zu Ungunsten des Europaparlaments, 2. ein Legitimationsdefizit der Europäischen Zentralbank, 3. schwer zu durchschauende Macht- und Kompetenztransfers unter nationalen und europäischen Institutionen, 4. der Mangel eines europäischen Staatsvolks und 5. das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit.

Am heftigsten brandet der Streit um die Frage einer mangelnden Legitimation des Europäischen Parlamentes auf, weshalb die Argumente der Kritiker und Verteidiger in

diesem Fall näher betrachtet werden. Sollte die Kritik zutreffen, so wäre die Union tatsächlich in einer äußerst misslichen Lage. Während die Europäische Kommission, der Europäische Rat und der Ministerrat ihre Legitimität über die national gewählten Regierungen erfahren (was von manchen bereits als Anzeichen für fehlende Legitimität gesehen wird), ist das EP die einzige Institution die sie direkt von den europäischen Bürgern erhält. Somit ist es die wichtigste Stütze europäischer Demokratie. Im Falle einer fragwürdigen Absicherung der Volksvertretung durch den Willen der Bürger würde diese entfallen und das gesamte Unionsgefüge in Frage stellen.

Kritisiert wird beispielsweise, dass das Parlament im Gesetzgebungsverfahren den anderen Institutionen gegenüber weniger Macht besäße. Dies spiegle sich unter anderem am Fehlen eines Initiativrechtes für Gesetzesvorschläge, an mangelnden Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik und der Nichtbeteiligung an der Konstruktion des Primärrechtes, den von den Mitgliedsstaaten gemeinsam geschlossenen Grundsatzverträgen der EU. Sogar die Wahl zum Europäischen Parlament, wie sie im kommenden Mai erneut stattfinden wird, entspräche nicht demokratischen Grundsätzen. Während Deutschland als größtes Mitgliedsland (80,7 Millionen Einwohner) ab dem 23. Mai 2014 96 Abgeordnete des Parlamentes stellt, darf Malta als kleinste Nation (400.000 Einwohner) 6 entsenden. Demnach vertritt ein deutscher Abgeordneter circa 815.000 deutsche Staatsbürger, der maltesische hingegen lediglich 67.000. Rein rechnerisch verfügt Malta also proportional über mehr als zehnmal so viele Abgeordnete wie ihnen bei einer stringenten Auszählung der Stimmen zugeteilt werden würde. Dieses sogenannte degressiv-proportionale Wahlsystem steht den Anforderungen einer „gleichen“ Wahl eindeutig entgegen. Als letztes hier vorgestelltes Argument soll die stetig sinkende Wahlbeteiligung genannt werden. Seit 1979 das EP zum ersten Mal direkt gewählt wurde, sank die Wahlbeteiligung stetig. Bei einer sich auf diese Weise fortsetzenden Abnahme fänden 2075 die ersten Wahlen ohne einen einzigen Wähler statt.

Während die strukturellen Probleme wie jenes der sinkenden Wahlbeteiligung auch von den Verfechtern eines starken EPs nicht wegdiskutiert werden können, beharren sie auf seiner institutionellen Stärke. Seit dem Vertrag von

Maastricht, ebenso wie in den darauffolgenden Verträgen wie Nizza, Amsterdam und vor allem Lissabon, sei das Parlament kontinuierlich gestärkt worden und heute eins der potentesten und mächtigsten der Welt. Aufgrund der vertraglichen Anlagen benötige es weder das von manchen eingeforderte Initiativrecht, noch stehe es der Kommission oder dem Ministerrat in Macht nach. Im Gegenteil, habe es über seine weitreichenden Kontroll- und Budgetfunktionen eine Schlüsselrolle in allen Entscheidungen die auf europäischer Ebene getroffen werden inne. Die Zeiten in denen das Parlament durch die anderen Institutionen übergangen werden konnte, seien endgültig vorbei.

Viel mehr läge das Problem bei der Vermittlung dieser Erfolge. „In der EU wird der Erfolg nationalisiert und der Misserfolg europäisiert“, fasst Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes und Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für das Amt des Kommissionspräsidenten bei der Europawahl 2014, die Situation für sich zusammen. Könnte es also eher ein Kommunikationsproblem sein? Sehen die Bürger nicht welche Macht sie in den Händen halten und nutzen sie aufgrund von Fehl- oder Mangelinformationen nicht? Nein, ganz so einfach ist es nicht. Selbst wenn der vorgestellte Aspekt des mehr oder weniger legitimierten Parlamentes kontrovers diskutiert wird, darf weder außer Acht gelassen werden, dass es Kritikpunkte gibt, die selbst von den optimistischsten Verteidigern nicht gelehrt werden, noch die Tatsache, dass dies eben nur eine von fünf Ebenen darstellt.

Doch auch hier zeigt sich, dass sich weder die wissenschaftliche noch die mediale Avantgarde einig ist. Während es die einen als unabdingbares Problem ansehen, dass die Union nicht ein gemeinsames Staatsvolk besitzt, sondern die Bürger noch immer vor allem Franzosen, Polen, Italiener und Deutsche statt Europäer sind, sehen andere dies als weniger oder überhaupt nicht problematisch an. Während viele vehement für eine europäische Öffentlichkeit, also beispielsweise von den nationalen Medien unabhängige europäische Zeitungen und Fernsehsender, einfordern, betrachten andere die existierenden als absolut in der Lage den an sie im Rahmen der europäischen Integration gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Während die einen mehr Kontrolle der EZB durch das EP und die nationalen Parlamente fordern, muss für die anderen, dem Beispiel der Deutschen Bank

folgend, eine Zentralbank unabhängig von staatlichen und supranationalen Gängelungen sein um im Zuge ihrer Aufgaben erfolgreich agieren zu können.

Wenn also bereits Experten mit der Komplexität der Thematik zu kämpfen haben, wie soll sich die Mehrheit der Unionsbürger eine differenzierte Meinung bilden?

Offensichtlich ist, dass unabhängig von einem real existierenden Legitimationsdefizit die Bürger ein selbiges deutlich wahrnehmen. Wenn jene die Legitimation spenden sollen nicht von der Sinnhaftigkeit dieser Handlung überzeugt sind, sollte möglicherweise schon dieser Umstand genügen um die Problematik energisch anzugehen. Die Gefahren

die von der Renationalisierung Europas, und sei es nur einer gesinnungstechnischen, ausgehen könnten sind zu groß um sie zu ignorieren. Ob die Problematik nun lediglich in den Köpfen der Unionsbürger vorhanden ist oder sie doch in den Verträgen der EU existieren, das Ende Mai neugewählte Parlament wird es als Aufgabe haben, seine Bürger besser einzubinden als bisher und sich mutig für ihre Werte und Wünsche nach innen und außen einzusetzen. Wenn das Europäische Projekt nicht scheitern soll, müssen die Bürger daran glauben, dass sie etwas bewirken können und eine bedeutende Rolle spielen. Nicht nur in Madrid, Dublin und London, sondern auch in Brüssel.

„Die Europäische Union ist in ihrem Kern eine kulturelle Gemeinschaft der Selbstidentifikation derjenigen, die sich Europäer nennen.“



Interview mit
PROF. DR. ULRIKE MÜSSIG
 Lehrstuhl für Bürgerliches Recht sowie
 Deutsche und Europäische Rechtsgeschichte

Professorin Müßig erhielt kürzlich einen ERC Advanced Grant aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm des von der Europäischen Kommission eingerichteten Forschungsrates. Unter ihrer Leitung arbeiten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Belgien, Deutschland, Italien, Polen und Spanien an dem Forschungsprojekt ReConFort (Reconsidering Constitutional Formation). Das vergleichend historische Projekt bemüht sich um ein neues Verständnis der Europäischen Verfassungsgebung im 18. und 19. Jahrhundert und geht von der Prämisse aus, dass Herrschaft nur mit Zustimmung der Beherrschten funktioniert.

Das Gespräch führten Marie Kapitan und Elisabeth Weißbecker

Was ist die EU aus der Sicht Ihrer Disziplin?

Zum einen kommt die EU in der Zeitgeschichte der europäischen Integration, also in der europäischen Verfassungsgeschichte, vor. Sie ist immer wieder auch in Forschungsarbeiten oder Dissertationen der Bezugspunkt für die vergleichende Verfassungsgeschichte, die einen Schwerpunkt meiner Forschungsarbeit ausmacht. Wenn ich Europa so als kulturelle Gemeinschaft der Selbstidentifikation derjenigen, die sich als Europäer verstehen, ansehe, dann ist natürlich ein wesentliches Element der kulturellen Selbstidentifikation die gemeinsame europäische Geschichte. Diese lässt sich trotz vieler Unterschiede klar erkennen. Unsere gemeinsame Verfassungsgeschichte dann in Bezug mit dem Istzustand zu setzen, finde ich sehr faszinierend.

Eine einheitliche Verfassung für die EU – Was spricht dafür?

Auf der einen Seite hat und hätte eine Verfassung für Europa den Vorteil einer Ventilwirkung. Gerade wenn man die Verfassungsgeschichte am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrachtet, sieht man, dass in den ersten Verfassungstexten auf dem europäischen Kontinent vieles

geregelt wurde, was noch nicht abschließend geklärt war (Gewaltentrennung, Ministerverantwortlichkeit, Verfassungsvorrang). Das heißt, es ist denkbar, auf supranationaler Ebene eine Verfassung zu beraten und auch zu beschließen – selbst wenn noch nicht alle Einzelheiten, seien es Fachkompetenzen des Europäischen Parlamentes, bestimmte Kernkompetenzen der Europäischen Kommissionen oder Rangverhältnisse des Europäischen Gerichtshofes im Verhältnis zu den nationalen Gerichten, wirklich geklärt sind. Eine Verfassung hätte eine Signalwirkung für die europäische Integration – da wollen wir hin.

Was spricht dagegen?

Auf der anderen Seite bin ich fest davon überzeugt, dass man eine solche Verfassung den Menschen nicht überstülpen kann. Eine von oben herab verordnete Verfassungseinheit kann nicht funktionieren. Ich denke, wir Juristen tendieren viel zu sehr dazu anzunehmen, dass Dinge dadurch, dass sie in der Verfassung stehen, automatisch auch so gelten.



„Eine von oben herab verordnete Verfassungseinheit kann nicht funktionieren.“

Wie könnte man eine einheitliche Verfassung umsetzen?

Vielleicht wäre es ein Denkansatz, zunächst mit der Vorstufe eines Verfassungsvertrages zu arbeiten, um wichtige inhaltliche Werteentscheidungen nicht mit der Souveränitätsdiskussion zu blockieren. Sowenig wie sich die Verfassung von oben herab oktroyieren lässt, kann ihr Wachsen nicht bottom-up dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Da braucht es eine gewisse Richtung. Daher der Vorschlag für einen Vor-Vertrag auf Ausarbeitung einer Verfassung als supranationaler Vertrag.

Was ist ReConFort und was ist seine Zielrichtung?

Unser Projekt dient unter anderem dazu herauszufinden, was es braucht, damit diejenigen, die sich als Europäer fühlen, auch wieder an die Legitimation einer solchen europäischen Integration jenseits von Währungs- und Wirtschaftseinheit glauben und ihren eigenen politischen Gewinn darin erkennen. Die Kernfrage, die unbedingt noch geklärt werden muss, ist das Verhältnis der EU als supranationales Völkerrechtssubjekt zu den Nationalstaaten.

Vielleicht gelingt es im Rahmen von ReConFort, Parameter aus der Geschichte herauszuarbeiten, die es bei der Verfassungsgebung braucht, um die Öffentlichkeit mit ins Boot zu nehmen. Wenn wir diese Parameter finden, können wir sie natürlich in die Vorstufe des Verfassungsvertrages mit einbringen: dies kann ein möglicher Weg sein, den Prozess

zu einer Verfassung Europas wieder in Gang bringen.

„United States of Europe“?

Die EU ist sicherlich mehr als eine Föderation souveräner Staaten, aber einen Bundesstaat mit einer einheitlichen Exekutive und Legislative will keiner. Dafür sind die europäischen Mitgliedstaaten auch sicher noch nicht bereit. Ich wüsste auch gar nicht, ob ich das wirklich befürworten würde. Die Frage, ob es jetzt die „Federal States of Europe“ oder die „United States of Europe“ sein sollen, ist daher erst einmal außen vor. Viel wichtiger ist es, in welcher Qualität wir miteinander verbunden sein wollen.

Hat die EU eine Imagekrise?

Alle zwei Semester biete ich eine Vorlesung zur europäischen Verfassungsgeschichte an und richte zu Beginn zwei Fragen an die Studenten: 1. Würden Sie sich als Deutsche oder Europäer bezeichnen? 2. Wer von Ihnen hat den Vertrag von Lissabon schon gelesen?

Die Antworten können Sie sich vorstellen. Wenn auch die meisten sich als Europäer bezeichnen, haben sie den Vertrag von Lissabon noch nie in seiner Textfassung zur Kenntnis genommen. Wenn noch nicht einmal herangehende „Fachmenschen“ diese Verträge lesen, dann brauche ich auf der Straße nicht weiter fragen. Genau dieser fehlenden Verfassungsöffentlichkeit widmet sich ReConFort. Die

Menschen müssen mehr über Europa an sich informiert werden. Dieses fehlende öffentliche Interesse an der europäischen Integration ist meines Erachtens eine der größten Herausforderungen der EU.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und auch Unzulänglichkeiten sollte man jedoch das Positive nicht vergessen: Wenn man bedenkt, dass der Ausbruch des 1. Weltkrieges sich dieses Jahr zum hundertsten Mal jährt, kann man sich nur ehrfürchtig vor dem Mut verneigen, den die Architekten der EU und der europäischen Gemeinschaften damals bewiesen haben. Jeder, der die Möglichkeiten hat, sei es materiell, sei es intellektuell, sei es in den Universitäten durch verstärkte Kontakte oder Auslandssemester, sollte sich von der europäischen Idee begeistern lassen und seinen Beitrag leisten, Europa mit zu gestalten.

Volksabstimmung in der Schweiz

Um diese Volksabstimmung in der Schweiz richtig einordnen zu können, muss man sich das Abstimmungsverhalten in den Kantonen anschauen. Was auffällt, ist, dass die Ballungszentren, also Basel, Zürich und auch noch Bern, alle gegen diese Bestimmung, also für die Freizügigkeit und für die Öffnung gegenüber den anderen gestimmt haben. Und

natürlich ist es verständlich, dass die Bevölkerung und die Handwerker im Tessin Angst haben vor den billigeren Kräften aus Italien und da eine gewisse Reserviertheit und Furcht bestehen.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU

Es ist in keinster Weise akzeptabel, dass die Schweiz, so umgeben von Mitgliedsstaaten der EU als „Transitprofiteur“ des europäischen Rechts- und Wirtschaftsraumes meint, die Vorteile nehmen zu dürfen und die Nachteile nicht mit in Kauf nehmen zu müssen. Der europäische Forschungsrat hat völlig zu Recht als Reaktion auf die Volksabstimmung Anträge Schweizer Wissenschaftler vorübergehend aus der Förderung herausgenommen.

Diejenigen, die jetzt den schwarzen Peter haben und dieses unselige Abstimmungsergebnis umsetzen müssen, können das überhaupt nicht realisieren. Aber die Schweizer Demokratie funktioniert da so unmittelbar, dass sie in einem halben Jahr eine neue Abstimmung initiieren und die Sache wieder ins Lot bringen werden.

Andererseits, um das Ganze vielleicht etwas zu relativieren, ist die europäische Asylpolitik wohl auch nicht sehr viel großzügiger.



„Das fehlende öffentliche Interesse an der europäischen Integration ist eine der größten Herausforderungen der EU.“



SOLIDARITÄT

Was, wenn Deutschland Griechenland wäre?

Donnerstag, den 15. Mai | 20 Uhr | HS 9 (Audimax)

Solidarität: Ein viel bemühtes Wort in den Jahren der Euro-Finanz- und Schuldenkrise. Doch wofür steht es eigentlich? Rechtfertigungsformel und blumige Umschreibung für wirtschaftliche Sachzwänge oder ernstgemeinte europäische Nachbarschaftshilfe? In Zeiten der Globalisierung sind diese beiden Aspekte nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen, was zunächst ihre Begründung und schließlich auch ihre moralische Unversehrtheit verwässern lässt.

Partikularinteressen und undurchsichtige Kompromisse scheinen das Miteinander in Europa prägen. Die politische und mediale Rhetorik den Krisenländern gegenüber bewegt sich im Spektrum zwischen Durchhalteparolen und Schuldzuweisungen für die missliche Lage. Die zahlreichen Rettungsschirme und -pakete kommen mehr Banken als Menschen zu Gute, die sozialen Standards sinken und die Spannung zwischen den Bürgern der Mitgliedsländern intensiviert sich. Ist es noch Solidarität wenn man handeln muss um sich nicht selbst zu schaden? Ist es noch Solidarität wenn nicht die Bürger füreinander, sondern die Europäische Zentralbank Verantwortung übernimmt?



PROF. DR. KAI VON LEWINSKI

Dr. Kai von Lewinski (* 1970 in Gießen) promovierte nach seinem Studium der Rechtswissenschaften mit einer rechtsgeschichtlichen Arbeit. Von 2000 bis 2004 arbeitete er als Rechtsanwalt in einer internationalen Wirtschaftskanzlei, zunächst in Frankfurt a. M., später in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte stellen das Datenschutz- und Softwarelizenzrecht dar. Ab 2004 arbeitete er an der Humboldt-Universität zu Berlin zunächst als wissenschaftlicher Assistent, während

seiner Habilitation als Privatdozent an der Juristischen Fakultät. Außerdem war er zu jener Zeit als Lehrstuhlvertreter an verschiedenen Universitäten tätig.

Seine Arbeiten und Publikationen befassen sich im Wesentlichen mit dem Informationsrecht mit den Schwerpunkten Datenschutzrecht und Big Data. Aktuell ist er Gastdozent an der Universität Passau.

Solidarität aus Notwendigkeit?

von FABIENNE WEHRLE und MARCEL BÖTTCHER

Als die Wirtschaftskrise 2008 ihren Anstoß erhielt und in ihrem Kielwasser die europäische Finanz- und Schuldenkrise mit sich trug, waren nicht nur die heutigen Krisenländer betroffen. Jeder Mitgliedsstaat verzeichnete Banken, die mit Risikopapieren gehandelt und spekuliert hatten. Überhastet und ohne genau abschätzen zu können welche Auswirkungen ihre Maßnahmen haben würden legten die ersten Nationen Hilfsprogramme für ihre jeweiligen maroden Banken auf. Überall in Europa rissen die heute als Bad Banks klassifizierten Kreditinstitute auf diese Weise Lücken in die nationalen Haushalte. Als sich der erste Staub gelegt hatte wurde deutlich, dass einige Staaten den Herausforderungen des ersten Schocks besser gewachsen waren als andere. Während Deutschland, Frankreich und einige weitere die Verluste, teilweise mehr schlecht als Recht, kompensieren, ruinierte Banken abwickeln und jene die als too big to fail bezeichnet wurden retten konnten, stellten sich

die Folgen für beispielsweise Griechenland, Irland und Spanien wesentlich ernster dar. Bereits im Vorfeld durch niedriges wirtschaftliches Wachstum, hohe Sozialausgaben und immense Staatsschulden geschwächt, konnten einige der nationalen Finanzsysteme den Belastungen durch die Wirtschaftskrise nicht standhalten und drohten zusammenzubrechen. Rasch wurde deutlich, dass sie ohne Hilfen von außen, ohne die Solidarität der anderen Mitgliedsstaaten, nicht bestehen würden.

Solidarität –mittlerweile ist es ein geflügeltes Wort in Zusammenhang mit der Europäischen Union. Doch was bedeutet es? Der Duden definiert den Begriff als „unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele.“ Solidarität wird gewöhnlich für Individuen oder soziale Gruppen empfunden, mit denen man sich durch Gemeinsamkeiten verbunden fühlt. Auf diesem Prinzip wurde die EU gegründet. In der Präambel

des 1992 in Maastricht abgeschlossenen Vertrages über die Europäische Union heißt es, man habe sich entschlossen, „den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben, [...] in dem Wunsch, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken.“

Die Eurokrise stellte diese Verpflichtung auf ihre erste wirkliche Probe. Zumindest vordergründig. Denn die Notlage der krisengebeutelten Länder, bedrohte durch die gemeinsame Währung nicht nur die jeweiligen Staaten, sondern die gesamte Währungsunion. Die Eurostaaten waren zwar nicht dazu verpflichtet einander zu helfen, im Gegenteil, es war sogar ausdrücklich verboten. Erst nach diversen politischen und vertraglichen Winkelzügen konnte es ermöglicht werden die Vertragswerke zu umgehen und zunächst über die European Financial Stability Facility (EFFS) und später über den European Stability Mechanism (ESM) Hilfspakete zu schnüren. Doch es war in ihrem eigenen Interesse. Je länger die Krise anhalten würde, desto drastischer wären ihre Folgen für ganz Europa. Ein mögliches Ausscheiden der betroffenen Länder aus der Währungsunion wurde angedacht, jedoch unter anderem aufgrund der schwer zu kalkulierenden Folgen für die Eurozone wieder aufgegeben. Auch Deutschland handelte nicht (ausschließlich) aus moralischer Überzeugung sondern auch aus dem Bestreben die europäischen Märkte zu retten, die den Löwenanteil der deutschen Exporte aufnehmen. So leiden auch deutsche Unternehmer und Arbeitnehmer unter der sinkenden Kaufkraft der europäischen Nachbarn. Ganz zu schweigen von den deutschen Banken die Kredite in dreistelliger Milliardenhöhe an Krisenländer wie Griechenland und Irland vergeben hatten und im Fall ihrer Staatsinsolvenz beträchtliche Verlust hätten verzeichnen müssen. Darüber hinaus sind die Hilfen, die beispielsweise Griechenland zuteil werden, keine Geschenke. Es sind Darlehen, die regulär verzinst sind und somit Gewinne für die Gläubigerstaaten abwerfen.

Die Gewährung dieser Kredite ist an hohe Auflagen gebunden. Die Schuldner müssen große Teile der in Staatshand befindlichen Unternehmen, Beispiele sind die nationale Post, Redereien und Häfen, privatisieren um so zusätzliche Finanzmittel aufzubringen. Der Politik wird ein rigider

Sparkurs verordnet, die Sozial- und Gesundheitsausgaben müssen gesenkt und der Staatsapparat entschlackt werden. Die Last dieser Austeritätspolitik wird vor allem auf den Schultern der Bürger der jeweiligen Staaten verteilt und von diesen mit Demonstrationen und Streiks quittiert. Bisher jedoch ohne Aussicht auf eine Besserung ihrer Lage. Als Schuldigen machen sie neben der eigenen Regierung die EU und jene Politiker aus, die sich für den harten Sparkurs aussprechen, beispielsweise Angela Merkel.

Und die Bürger der Geberländer? Sie zeitigen vor allem Unverständnis für die scheinbar undankbaren Mitunionsbürger. Unterstützt durch mediale Kampagnen und die vor allem zu Beginn der Krise häufig einseitige Berichterstattung wurde und wird der Fokus nicht auf die Notlage des Individuums gelegt, sondern die Fehlbarkeit weniger auf die breite Masse übertragen. Auch wenn durchaus sachliche Argumente existieren, von denen ausgehend eine Teilschuld der Kultur und Lebensweise der Krisenländer für ihre missliche Lage ausgemacht werden kann, so ist eine Reaktion der Anfeindung, wie sie häufig in den Medien aber auch in der nationalen Politik zu beobachten war, ausschließlich kontraproduktiv. In Folge dessen erstarkten die euroskeptischen und national orientierten Parteien in ganz Europa. Beflügelt durch die Unzufriedenheit der Bürger werden für die Europawahl 2014 enorme Stimmgewinne des politisch rechten Spektrums erwartet. Auch wenn die beschriebene Kritik nicht allein ausschlaggebend sein dürfte, auch die politische Ferne der EU von ihren Bürgern und das Schlagwort der fehlenden Legitimation der Union tragen ihr Übriges zum Gesamtkonglomerat der negativen Stimmung bei, so stellt sie doch einen maßgeblichen Faktor dar.

Ja, resümierend kann festgehalten werden, dass die Nationen einander geholfen haben. Das mussten sie, das Leid des einen strahlt unvermeidlich auch auf die übrigen aus und die durch die Wirtschaftskrise in Gang gesetzte Abwärtsspirale konnte und kann nur gemeinsam aufgehalten werden. Doch der fade Beigeschmack der sich unter diese Form der Solidarität mischt bleibt. In wie fern sind Hilfen die vor allem zur Selbsthilfe gewährt werden noch selbstlos? Wie kann von einem Einsteher füreinander gesprochen werden, wenn der eine von der Bedürftigkeit des anderen profitiert?

CHARLES MADSEN:

„It's a union largely based on economic goals to promote more trade and lower borders.“



Interview with Charles Madsen and Francisco Barreto
Sprachenzentrum

Das Gespräch führten Marie Kapitan und Elisabeth Weißbecker

The EU's effect on your lives?

Madsen: I have lived in Germany with some interruption since 1984. The EU as such has had little effect on me aside from the change in currency. Well, and due to the Erasmus program there may be more exchange students from Europe in our classes.

I feel a certain degree of discrimination, because as a non-EU member I would have no standing if I wanted to file a lawsuit if the University fired me for reasons of discrimination. Which happens to some people and as Europeans they can take that to the European court. I wouldn't be able to do that. I also can't vote because I'm not European. So I feel a bit left out.

Barreto: I've lived in Germany since 2005. Before that I spent a year in the UK. So that's almost 10 years I've lived in the EU. I would say it has little to no direct bearing on my daily existence. The cucumbers are straighter, I suppose.

Would you say that your perspective on the EU has changed since you've lived here?

Madsen: Mobility is certainly something you feel as your average, run-of-the-mill citizen of a European country and that is very nice. And through travels you replace stereotypes with actual knowledge. I would say that's been the biggest influence for me.

The EU from an American perspective?

Barreto: I would say that Americans know very little about the EU. Certainly not enough to really form an opinion about it. I remember when I was in college in 2001/02, there was this certificate you could get: three courses on the European Union. I remember everyone finding it incredibly exotic and strange. 'Oh we're gonna learn about the EU!'

Madsen: In the absence of any informed opinion, there's

FRANCISCO BARRETO:

„The EU is a community of states bound by economic interests and shared values.“

largely a romantic stereotype of what Europe is. I mean, it is quaint villages and exotic foods, you know that kind of thing.

And your personal opinion?

Madsen: I read an interesting article in the *Süddeutsche Zeitung* this morning about the Netherlands and their attitude towards Europe. There is a more open debate going on there about what is good and what is bad about Europe. In Germany these things aren't discussed openly because there are just too many "Denkverbote". You're immediately put in some camp of being anti - Europe and branded emotionally as uncooperative. If Europe is really going to work, it's not going to be the Elites and from the top down. It has to come from the people.

Barreto: The idea of this parliament in Brussels that can dictate over the sovereign national states seems strange to me. Especially because I don't feel that there's a democratic basis for what Brussels is doing. As an American, I would want to see reforms to either reassert national supremacy or to somehow make Brussels more accountable to the man on the street.

Recently, Sarah Nuland was quoted to have said "Fuck the EU". Do you think it's representative of the way Americans feel about the EU?

Madsen: I think it's the kind of comment everyone pounces on, because it's easy to allow that to confirm stereotypes that Americans hold towards the EU. But that does not

mean, that's some sort of generally held attitude when it comes to Europe.

Barreto: From Washington's perspective the EU is kind of an unreliable ally. When you look at Lybia and the way Germany voted in the Security council, the sanctions in Iran etc. I can understand that frustration boiling over and that statement then coming out. They want a unified response to the Ukraine, and the Europeans are again not supportive of Washington's policies. I can see that statement coming from that frustration of Europe not being as a reliable ally as Obama wants it to be.

What would you say bothers or irritates you about the EU personally?

Madsen: There's a lot of nationalism and anti-Semitism going on in Hungary and that is not in line with EU policies. But the European Parliament doesn't step in there. It would be easy to think that most of what Europe is concerned with is legislating on the size of apples and the curvature degrees of cucumbers.

Barreto: That's another 'Fuck Europe' thing. Europe is afraid to assert itself. When you look at Hungary, Romania or Bulgaria: they breached their obligations. Instead of punishing them and saying 'You join the club, you follow the rules', the EU is afraid to get its hands dirty. I, as an American, would say: 'Romania, Bulgaria, Hungary - you have broken the agreements and something needs to be done.' Otherwise, what is it that really binds the 28 member states together?



PODIUM

Wohin steuert unser Kontinent?

Samstag, den 17. Mai | 16 Uhr | Rathaussaal

MARKUS FERBER (CSU)



Markus Ferber (* 1965 in Augsburg) ist ein deutscher Politiker (CSU). Seit 1999 ist er Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, dessen Abgeordneter er seit 20 Jahren ist. Er gehört der EVP-Fraktion und deren Vorstand an. Seit 2000 ist er außerdem Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern. Für die Europawahl 2009 wurde Markus Ferber von der CSU als Spitzenkandidat nominiert. Im Folgejahr erhielt er den Bayerischen Verdienstorden. Ferber ist stellvertretender Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamen-

tarischen Ausschuss EU-Mexiko sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika. Stellvertreter ist Herr Ferber im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr und in der Delegation für die Beziehungen zu Israel. Für seine Verdienste um die EU erhielt er 2013 den Mérite Européen. Bei den diesjährigen Europawahlen tritt er zum zweiten Mal als Spitzenkandidat seiner Partei an.

FLORIAN PRONOLD (SPD)



Florian Pronold (* 1972 in Passau) ist ein deutscher Politiker (SPD) und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2009 ist er Vorsitzender der SPD in Bayern. Seit Dezember 2013 ist er parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit der Zuständigkeit für Bau und Stadtentwicklung. 1995 begann er ein Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg, welches er 2002 beendete. Heute ist er zugelassener Rechtsanwalt. Von 1999 bis 2004 war Pronold Landesvorsitzender der

Jusos in Bayern und Mitglied im Präsidium der bayerischen SPD. 2003 initiierte Pronold gemeinsam mit anderen Parteimitgliedern das erste Mitgliederbegehren in der Geschichte der SPD gegen die Agenda 2010, um auf eine politische Kurskorrektur der SPD hinzuarbeiten. Seit 2007 ist der Politiker Mitglied des Parteivorstands der SPD, seit 2009 auch des Präsidiums. Im Jahre 2009 wählte ihn der Parteitag des bayerischen Landesverbandes der SPD zum Landesvorsitzenden. 2011 und 2013 wurde Pronold in diesem Amt bestätigt.

DR. THOMAS GAMBKE (DIE GRÜNEN)



Thomas Gambke (* 1949 in Rimsting) ist ein deutscher Politiker (Grüne). Sein Studium der Physik an der TU Darmstadt schloss er 1976 ab, bevor er fünf Jahre später zum Dr. rer. nat. promovierte. Im Anschluss war Herr Dr. Gambke mehrere Jahre für den Technologiekonzern Schott unter anderem in Tschechien, Singapur und Japan tätig. Seit 2007 ist er als selbstständiger Unternehmer tätig. 2012 war er an der Gründung der Bürgerenergie Isar e.G.

beteiligt und ist Mitglied im Aufsichtsrat. Im derzeitigen Deutschen Bundestag sitzt er im Finanzausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Seit 2012 ist er Mittelstandsbeauftragter der Grünen Bundestagsfraktion. Von 2011 bis 2013 war er Mitglied der Enquêtekommision Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Zusätzlich ist Herr Dr. Gambke der Vorsitzende der ASEAN-Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages.

NADJA HIRSCH (FDP)



Nadja Yvonne Hirsch (* 1978 in München) ist eine deutsche Politikerin (FDP). Nach ihrem Studium der Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, von 1998 bis 2005, begann sie ihre Promotion zum Thema "Europäische Metropolregion München – Regional Governance". Von 2002 bis 2009 war Frau Hirsch Stadträtin der Landeshauptstadt München und seit 2008 ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion München. Im Folgejahr wurde sie als Spitzenkandidatin ihrer Partei ins EU-Parlament gewählt. In ihrer Rolle als EU-Parlamentarierin gehört sie der Fraktion

der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) an. Sie ist stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Seit September 2013 ist Hirsch Mitglied der Delegation für die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Als Stellvertreterin ist sie im Ausschuss für Kultur und Bildung, in der Delegation für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel und der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens tätig. Überdies ist sie Mitbegründerin des Dahrendorf-Kreises.

THOMAS HÄNDEL (DIE LINKE)



Thomas Händel (* 1953 in Nürnberg) ist ein deutscher Politiker (Die Linke) und Gewerkschafter (IGM). Händel ist seit 1970, dem Beginn seiner Ausbildung zum Elektromechaniker bei Grundig in Fürth, Mitglied in der IG Metall. Nach einem Studium an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt/Main wurde Herr Händel dort Assistent für den Lehrbetrieb u.a. von Prof. Wolfgang Abendroth und Prof. Otto-Ernst Kempfen. Ab 1979 war er Mitarbeiter im Vorstand der IG Metall und deren Vertreter im bundesweiten Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in Bonn. 1987 wurde der ge-

bürtige Nürnberger Geschäftsführer der IG Metall in Fürth. Seit 2007 ist er stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2009 errang Händel ein Mandat für das Europäische Parlament. Neben seiner Funktion als Parlamentarier ist er gleichzeitig Mitglied des Vorstandes seiner Fraktion, der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke. Darüber hinaus ist Händel Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.



Spitzenkandidat David McAllister

UNION (CDU/CSU)

Die Union steht für die Beibehaltung des bisherigen Kurses ebenso wie für eine europäische Ausrichtung nach deutschem Vorbild. So will man in Europa auch weiterhin das Universalbankensystem beibehalten, zusätzlich soll eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Die Möglichkeit einer Vergemeinschaftung der Staatsschulden der EU-Länder schließt die Union aus. Mit der Errichtung einer Bankenunion sollen die Interessen der EU an den weltweiten Finanzmärkten erfolgreicher durchgesetzt werden. Die Asylpolitik

der Union vertraut auch in der Zukunft auf das zurzeit geltende „Dublin-Verfahren“, das unter anderem besagt, dass die Asylanträge grundsätzlich in dem Land zu stellen sind, in dem die Asylsuchenden ankommen. Den anwachsenden Flüchtlingsstrom nach Europa will die Union durch eine bessere wirtschaftliche Situation der Herkunftsländer unterbinden, bis dahin setzt sie sich für eine Rückführung der Asylanten ein, die in ihrer Heimat nicht nachweislich in einer bedrohlichen oder lebensgefährlichen Situation sind.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS



Spitzenkandidat Martin Schulz

Die SPD will die wirtschaftliche Situation in Europa vor allem durch sogenannte Euro-Bonds verbessern. Das bedeutet die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten, um so die Zinsen für Staatsanleihen der Krisenländer zu senken. Zudem tritt sie für einen getrennten Bankensektor ein, um zu verhindern, dass die teilweise spekulativen Geschäfte von Investmentbanken und deren Hedgefonds die Ersparnisse der Anleger von Geschäftsbanken gefährden. Eine Finanztransaktionssteuer hält die SPD für sinnvoll, ebenso ist sie für eine Erhöhung der Eigenkapitalquoten

der Banken, damit diese bei einer Krise kein Geld vom Staat benötigen. Weiterhin spricht sich die SPD vor allem für einen europaweiten Mindestlohn aus, der sich am jeweiligen Durchschnittseinkommen der EU-Staaten orientiert. Hinsichtlich der Asylpolitik positioniert sich die SPD klar gegen eine von „wirtschaftlicher Nützlichkeitslogik“ geprägte Gesetzgebung. Sie ist für eine Nichtzurückweisung der Asylsuchenden und will auch das „Dublin-Verfahren“ ändern, um eine bessere Verteilung der Flüchtlinge auf verschiedene Staaten der EU zu garantieren.

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)



Spitzenkandidat Bernd Lucke.

Die AfD ist die einzige Partei, die für einen schrittweisen Ausstieg aus dem Euro ist. Sie will in erster Linie nur noch einen Nord-Euro, in dem die Länder bleiben, die nicht akut krisengefährdet sind, zum Beispiel Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten. Zudem ist sie gegen eine Bankenunion und für eine Rückkehr zu den Nationalbanken. Großbanken will die

AfD zerschlagen, um zu verhindern dass es sogenannte „too-big-to-fail“-Banken gibt, also Banken, die um jeden Preis zu halten sind. Grundsätzlich soll der Haushalt der EU gesenkt und die Beamtenzahl verringert werden, außerdem soll ein Bürger-Veto bei wichtigen Entscheidungen eingeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Spitzenkandidatin Rebecca Harms

Hauptverantwortlich für das Fortbestehen der Krise in Europa ist laut dem Programm der Grünen die fehlgeleitete Wirtschaftspolitik der EU. So wollen die Grünen durch Investitionen die Wirtschaft der Krisenländer wieder ankurbeln und sprechen sich somit gegen die aktuelle Sparpolitik der deutschen Regierung auf EU-Ebene aus. Investiert werden soll vor allem in den „Green New Deal“, also in den gezielten Ausbau der regenerativen Energien in ganz Europa. Die Grünen wollen die Alt-

schulden tilgen, indem die Schulden der Länder, die mit mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts verschuldet sind, in einen gemeinsamen Fond kommen. Dieser ermöglicht durch die begrenzte, gemeinsame Haftung einen niedrigeren Zinssatz, und erleichtert es so die Schulden zurückzuzahlen. Das „Dublin-Verfahren“ wollen die Grünen ebenso wie die SPD, abschaffen, vor allem um zu verhindern, dass sich insbesondere die EU-Staaten mit Mittelmeerzugang immer mehr abschotten.

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI (FDP)



Spitzenkandidat
Alexander Graf Lambsdorff

Die FDP steht bezüglich der Finanzpolitik für eine Bankenunion mit Universalbanken, allerdings ist sie im Gegensatz zu den anderen großen Parteien gegen eine Finanztransaktionssteuer. Die Zukunft der Wirtschaftspolitik sieht die FDP in einem stärker zusammenwachsenden Europa, in dem das EU-Parlament und die EU-Kommission durch Volksabstimmungen größere Rechte eingeräumt bekommen sollen. Vor allem betont sie den Zusammenhang zwischen Währungsunion

und Stabilitätsunion, was die Staaten an ihre vertragliche Gebundenheit in den EU-Verträgen erinnern soll. Für die FDP ist weiterhin ein Austritt aus dem Euro-Raum möglich, allerdings soll es später, bei einer stabilisierten Wirtschaftslage, jederzeit wieder möglich sein, einzutreten. Die Asylpolitik will die FDP durch ein Punktesystem, ähnlich dem der USA oder Kanada, reformieren, um Deutschland hauptsächlich für gut gebildete Migranten interessanter zu machen.

DIE LINKE



Spitzenkandidatin Gabi Zimmer

Die Linke ist die erste bisher aufgeführte Partei, die im Bundestag gegen die Rettungspakete der Regierung gestimmt hat. Sie ist außerdem gegen den Lissabon-Vertrag und spricht einigen Institutionen wie der sogenannten Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) ihre Legitimität ab. In der Finanzpolitik will die Linke europaweit eine Vermögenssteuer einführen sowie eine Eigenkapitalquote von 25 %. Zudem will sie die Banken stärker in die Haftung bei Krisen einbinden und ihnen bestimmte Geschäfte, wie Hedgefonds, verbieten.

Außerdem kritisiert sie die zu hohen Exporte Deutschlands, durch die andere EU-Staaten oft eine negative Handelsbilanz hätten. Wichtig ist der Partei auch die sukzessive Senkung der Militärausgaben der EU-Mitgliedsstaaten. In der Frage des Asylrechts ist der Linken besonders wichtig, dass den Asylanten keine Haft drohen kann und die Frontex, die Europäische Organisation zur Grenzsicherung, abgeschafft wird. Eine Rückführung von Asylanten lehnt die Linke konsequent ab.

Impressum



GoverNET - Staatswissenschaften Passau e.V.
Universität Passau
Dr.-Hans-Kapfinger-Straße 14
94032 Passau



Projektleitung und Ressortleiter der Passauer Politiktage 2014

<i>Projektleitung</i>	Pauline Asbrand, Brian Thomas
<i>Referenten</i>	Pia Fleiner
<i>Öffentlichkeitsarbeit</i>	Katharina Griethe
<i>Veranstaltungen</i>	Ann-Kathrin Lipponer
<i>Marketing</i>	Christopher Nowak
<i>Finanzen</i>	Adrian Schilde

Chefredaktion

Katharina Griethe

Layout

Brian Thomas

Redaktion

Marcel Böttcher, Teresa Degelmann, Tim Frehler, Katharina Grewe, Valentin Heiler,
Marie Kapitan, Lukas Kessler, Felix Ruile, Christian Alexander Schamong, Fabienne Wehler,
Elisabeth Weißbecker

V.i.S.d.P. Nina Hänjes, 1. Vorsitzende GoverNET e.V.

Druck Onlineprinters GmbH, Rudolf-Diesel-Str. 10, D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Unsere Förderer



AOK Bayern



MüllerVerlag



Universität Passau

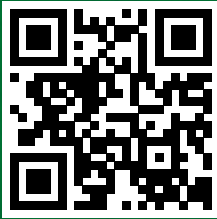


Stadt Passau



Die besten Tipps für eine gesunde Kindheit

Philipp Lahm – Vorstand der Philipp Lahm-Stiftung:
Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb mache ich mich
als Botschafter der AOK-Initiative „Gesunde Kinder –
gesunde Zukunft“ dafür stark, dass Kinder gesund
aufwachsen. Holen Sie sich jetzt die besten Tipps!



Gesundheit in besten Händen

www.aok.de/bayern/familie

'14 PASSAUER POLITIKTAGE



VORPHASE

Was ist Europa?

Café Europa | Montag, den 5. Mai | 16 Uhr | NK Cafete
Workshops vom 6. bis 13. Mai



AUSSENPOLITIK

Spricht Europa mit einer Stimme?

Montag, den 12. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)



LEGITIMATION

Wie demokratisch ist Europa?

Dienstag, den 13. Mai | 20 Uhr | HS 5 (WiWi)



SOLIDARITÄT IN DER KRISE

Was, wenn Deutschland Griechenland wäre?

Donnerstag, den 15. Mai | 20 Uhr | HS 9 (Audimax)



PODIUMSDISKUSSION

Wohin steuert unser Kontinent?

Samstag, den 17. Mai | 16 Uhr | Rathaussaal